



Protokoll

der 48. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 14. Januar 2026, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Zaira Esposito (SP), Maria Ioana Schäfer (SP), Daniel Seiler (SP).*

Verhandlungsgegenstände:

11.	Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK	2
11.1.	Motion Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend Verwirklichung der "Zollbrücke" / SNCF Brücke, Bericht der UVEK.....	7
11.2.	Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian-Weg, Bericht der UVEK	7
11.3.	Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt, Bericht der UVEK	8
12.	Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse, Ratsschlag des RR	8
13.	Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK.....	10
14.	Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030, Ausgabenbericht des RR.....	12
14.1.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, Ausgabenbericht des RR	16
20.	Petition P494 "Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!", Bericht der PetKo	16
21.	Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel", Bericht der PetKo	18
23.	Budgetpostulat 1 Johannes Sieber betreffend Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt)	20
24.	Budgetpostulat 2 Christoph Hochuli für Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel)	26
25.	Budgetpostulat 3 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen)	30
26.	Budgetpostulat 4 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „oink oink Production“)	32
27.	Budgetpostulat 5 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark).....	33
28.	Budgetpostulat 6 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen)	35



Beginn der 48. Sitzung

Mittwoch, 14. Januar 2026, 15:00 Uhr

11. Planung und Projektierung von Infrastrukturen des Fuss- und Veloverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau des Bahnknotens. Ausgabenbewilligungen für die Planung und Projektierung von Gleisquerungen des Fuss- und Veloverkehrs, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:00:16, 24.1416.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zurück zur Nachmittagssitzung und wurde von Seyit Erdogan noch darum gebeten, auf den Apéro der alevitischen Gemeinde aufmerksam zu machen, der heute Abend um 18.30 Uhr im alevitischen Kulturzentrum an der Elsässerstrasse stattfindet. Alle, die noch spontan kommen möchten, können vorbeikommen. Es hat anscheinend genügend Plätze und Verpflegung. Vielen Dank.

Wir gehen zurück zu Traktandum 11. Dort hat sich Nicole Strahm eingetragen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Ganz so einen Lobgesang anstimmen wie meine Vorredner*innen kann ich leider, auch wenn ich meine ganze Euphorie für gewisse Projekte hervorhole, dann doch nicht. Alle genannten Projekte, ob ober- oder unterirdisch, werden sehr aufwendig und anspruchsvoll in der Umsetzung und mit erheblichen Hürden bestückt. Das heisst, es dauert und dauert und dauert. Die Illusion einer schnellen Umsetzung ist leider bei keinem dieser Projekte gegeben, auch die Machbarkeit noch nicht überall definitiv abgeklärt und weiter, es wird ausserordentlich teuer in der Realisierung.

Die Fraktion der LDP zeigt sich gleichwohl sehr liberal und grosszügig in Sachen Finanzierung. Wir stimmen der Planungs- und Projektierungsfinanzierung zu, und zwar einfach, weil wir hier nicht die Verhinderung eines grossen ganzen Projekts rund um den Bahnknotenausbau sein wollen und diesem eine Chance geben wollen, und zwar für alle Verkehrsteilnehmenden. Deshalb zeigen wir auch in diesem Geschäft, wie bei den vorangehenden, guten Willen, aber mit kritischen Bemerkungen. Und kleiner Einschub meinerseits, wir haben alle gelernt, alles ist ein Geben und Nehmen und deshalb freue ich mich, dass als nächstes eine allseitige Unterstützung zugunsten des Ausbaus des MIV gesprochen wird. Ideen dazu gibt es mehr als genug.

Diese Vorlage, wir haben es gehört, ist und war für uns in der Kommission sehr komplex und ich bin deshalb sehr froh, dass es sich hier nur um den Planungs- und Projektierungskredit handelt und wir nach dieser Phase die vorgeschlagenen Projekte noch individuell vertieft anschauen können. Zum einen der extrem teure Velotunnel vom Gundeli zum Centralbahnplatz mit allen erdenklichen Hürden und ohne wirkliche Nutzenanalyse. Eine oberirdische Lösung wäre sicher attraktiver, ungefährlicher und schneller realisierbar. Immerhin hat die UVEK das Kosten-Nutzen-Verhältnis auch als ungenügend erachtet und streicht wenigstens beim Budget einige wenige Prozente. Oder weiter, die sehr aufwendig zu realisierende Zolli-Brücke, die das Gundeldinger- mit dem Bachlettenquartier verbinden soll. Die Idee gibt es zwar schon lange, aber die Umsetzung verzögert sich fast ins Unendliche. Die Tiere im Zolli möchten keine Brücke über ihren Köpfen und befürworten sicher nur eine Brücke über den dortigen Gleisen. Die Velofahrenden andererseits möchten möglichst schnell von A nach B kommen, auch hier, ich bin gespannt auf die detaillierten Pläne.

Immerhin gab es bei der provisorischen temporären Passerelle Bahnhof SBB einen endgültigen Entscheid. Da hat sogar die UVEK den Riegel geschoben und die Finanzierung der Planung gestrichen. Und ich sage Ihnen, das will was heissen. Wir bekommen ja eine neue Margarethenbrücke und zur Gestaltung deren Oberfläche kann dann das gesparte Geld eingesetzt werden und das dann vor allem für alle Verkehrsteilnehmenden. Wenn wir wählen könnten, würden wir Projekte wie den Güterbahnhof Wolf, Wolf – St. Alban und das Hexenweglein priorisiert behandelt wünschen, obwohl auch diese Umsetzungen eine Herausforderung werden und noch in den Sternen stehen. Hier muss nämlich die SBB zuerst ihre Hausaufgaben machen, denn hier bestehen komplexe Einbindungen in SBB-Infrastrukturen. Und bei Wolf – St. Alban muss sogar eine Überquerung von Autobahn und Bahngleisen auf verschiedenen Höhen überwunden werden. Detailpläne, ich bin gespannt.

Zu den Personalkosten gibt es auch in unserer Fraktion geteilte Meinungen. Es ist schon nicht ganz nachvollziehbar, dass bei Reduktionen in den Planungen auch die Personalkosten gleichbleiben sollen. Sie bleiben aber, wie beantragt, auf dem



geforderten Niveau. Es sind hier Fachstellen, wie in der Verwaltung nicht anders möglich zu besetzen und es macht den Braten bei all diesen Ausgaben auch nicht mehr feisser, ob es einen 100%-Job werden wird oder einen mit nur 95%. Ich unterstütze deshalb den Entscheid der UVEK zur vollen Finanzierung.

Mit all meinen kritischen Bemerkungen und den gewünschten Priorisierungen in den Projekten empfehlen wir von der Fraktion LDP, die reduziert beantragten Ausgaben zu genehmigen, einhergehend mit dem hoffentlich erhörten Wunsch zu einer sorgfältigen und auch massvollen Ausgabenpolitik. Die Motion empfehlen wir abzuschreiben und die beiden Anzüge stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Ich kann es relativ kurz machen und auch auf das Votum von letzter Woche zu Traktandum 10 verweisen, nachdem der Regierungsrat gemeinsam mit der Handelskammer eine Medienmitteilung Ende des Jahres gemacht hat. Fünf Tage vor Weihnachten hat sich für uns sowohl beim Traktandum 10 wie auch beim Traktandum 11 eine neue Situation ergeben, so dass wir der Meinung sind, dass man auch konsequenterweise hier den Rückweisungsantrag an den Regierungsrat stellen muss, was die SVP-Fraktion hiermit auch beantragt. Wir sind hier grundsätzlich inhaltlich nicht der Meinung, dass man das Ganze neu erfinden muss. Der Beschluss bei Traktandum 10 war deutlich umstritten, wir sind aber schon auch der Meinung, dass wir in der Gesamtwürdigung dann doch eine Situation haben, wo man sehr viel für den Fuss- und für den Veloverkehr macht, aber sehr wenig für den motorisierten Individualverkehr. Das hat ja auch Kollege Seiler letzte Woche kritisiert bei Traktandum 10, entsprechend wäre hier inhaltlich die Kritik der SVP-Fraktion geringer, weil wir ja nicht grundsätzlich gegen den Fuss- und Veloverkehr sind. Trotzdem sind wir der Meinung, dass wir hier eine neue Situation haben und es dementsprechend nur konsequent ist, wenn wir auch hier zurückweisen. Es ist ja auch so, dass jetzt beim Traktandum 10 bereits das Referendum angekündigt wurde, das hat man in den Medien lesen können und entsprechend wäre es auch hier vernünftig, wenn wir hier zurückweisen würden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

Tim Cuénod (SP): Meine Frage ist relativ einfach. Sind Ihnen eigentlich die Menschen im Gundeli, die Zahl der Velofahrenden hat deutlich zugenommen die letzten Jahre, die diese Überquerung seit langem wünschen, sind die Ihnen diesbezüglich vollkommen egal?

Pascal Messerli (SVP): Nein, sind sie nicht, aber für uns hat sich eine neue Situation jetzt ergeben mit dieser Medienmitteilung der Regierung und entsprechend wollen wir das noch einmal sauber geprüft haben, obwohl wir jetzt inhaltlich nicht sämtliche Anliegen anzweifeln.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

Stefan Wittlin (SP): Die SP-Fraktion beantragt, der UVEK zu folgen und in diesem Sinne machen wir dasselbe wie die LDP-Fraktion auch und ich gehe auch einig mit Nicole Strahm-Laranchy, dass sämtliche dieser Projekte noch viel Zeit in Anspruch nehmen werden und noch viele Hürden nehmen müssen, um umgesetzt werden zu können. Aber, und das ist wichtig, ich bin um einiges euphorischer und zuversichtlicher, dass diese uns wirklich weiterbringen, dass diese wirklich dieser Stadt und den Menschen dieser Stadt zugutekommen werden, auch wenn es noch einige Zeit dauern wird. Ich möchte gerne kurz von West nach Ost durchgehen und zu jedem dieser Teilprojekte etwas sagen. Wenn Sie denn die Übersicht verloren haben, weil auch die Reihenfolge nicht immer dieselbe ist, dann empfehle ich Ihnen einen Blick auf Seite 3 des UVEK-Berichts, wo diese fünf Orte auf einer Karte dargestellt sind.

Zuerst zur Zollibrücke, die ist tatsächlich ein wichtiger Lückenschluss für den Langsamverkehr, für Velofahrende, für Fussgänger*innen zwischen dem Gundeli und dem Bachlettengebiet. Das ist mehr oder weniger unbestritten, die Umsetzung wird auch hier nicht ganz einfach sein. Wir haben anerkannt, dass für die Lage dieser Querung nur der Korridor Elsässerbahn in Frage kommt. Das ist die bestehende Zäsur im Zolli und wir respektieren in diesem Sinne auch die Vorgaben und Wünsche des Zollis, die anderen möglichen Korridore zu verwerfen. Wir erhoffen uns davon auch, dass wir jetzt wirklich vorwärtskommen. Es bleibt die Abhängigkeit zur SBB, wie übrigens auch in anderen Teilprojekten.



Dann zu sämtlichen Querungsmöglichkeiten, Querungsideen und Gedanken rund um den Bahnhof SBB. Hier besteht ja ein Konnex zu den Geschäften, die wir bereits beschlossen haben, was die Margarethenbrücke und die Peter Merian-Brücke angehen. Was mir bleibt aus der Beratung in der UVEK, ist, dass unsere Erkenntnis schon ist, dass diese beiden bestehenden Brücken die wichtigen Verbindungen sind. Und die müssen wir ausbauen, hier müssen wir sicherstellen, dass sie funktionieren. Alles, was noch dazu kommen soll, ist optional und ist vor allem sehr schwierig umzusetzen.

Zur Margarethenbrücke, hier wurde uns in der Beratung in der UVEK wirklich versichert, dass die Veloverbindung über die Margarethenbrücke immer gewährleistet bleibt, also dass auch während der Bauzeit keine längeren Unterbrüche entstehen werden, unabhängig davon, ob es eine Hilfsbrücke gibt oder ob dies im Bestand mit dem Neubauprojekt gelöst wird. Für das Gundeli ist diese Verbindung essenziell. Die ist auch viel wichtiger als die Schaffung von zusätzlichen Verbindungen oder die Prüfung zusätzlicher Verbindungen, wie beispielsweise diesem vorgeschlagenen Steg, vorgeschlagen von der Planungsgruppe Gundeli am Erdbeergraben.

Wir haben erkannt, dass die geforderte Überführung auf Höhe Elsässertor schlicht nicht sinnvoll umsetzbar ist, vor allem wegen den grossen Höhendifferenzen, die nötig wären, und den langen Rampen, die dann entstehen würden, wie auch aus denkmalpflegerischen Überlegungen. Die UVEK beantragt ja deshalb, auf diese 500'000 Franken zu verzichten. Das wurde auch bereits anerkannt und ich denke, das darf exemplarisch so gelesen werden, dass unsere Kommissionsberatung hier wirklich kritisch war und dass wir auf keinen Fall unnötig Geld für Projektierungen ohne Realisierungschance ausgeben wollen.

Diese Unterführung, an der wir festhalten, diese Unterführung auf Höhe Heumattstrasse, diese Querung, die ist im Teilrichtplan Velo eingetragen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass die nur sinnvoll umsetzbar ist gemeinsam mit dem Tiefbahnhof in einem direkten Zusammenhang und sprechen dieses Geld deshalb auch mit dieser Vorgabe. Und da muss ich Nicole Strahm widersprechen, es wurde gesagt, dass dies oberirdisch viel einfacher umsetzbar wäre und jetzt eine teure unterirdische Lösung angestrebt wird. Das stimmt nicht, es ist eben oberirdisch nicht umsetzbar. Wir haben die Fahrleitungen, wir haben grosse Höhendifferenzen, wir haben keine Möglichkeit für die Zugänge zu einer oberirdischen Querung und deshalb ist die unterirdische das, was wir weiterverfolgen müssen, auch wenn das selbstverständlich teuer ist.

Dann die letzte Querung, die jetzt im Bericht nicht gross thematisiert wird, ist die beim Nauentor. Da gibt es, so viel ich weiss, keine Neuigkeiten. Die Resultate aus dem Wettbewerb zum Nauentor, die gehen in eine gute Richtung. Wir hoffen, dass es da vorwärtsgeht.

Dann kurz zur Unterführung Hexenweglein, Unterführung der Münchensteinerbrücke, die ist ja Teil der angedachten künftigen Velovorzugsroute St. Johann –Bahnhof SBB und diese Umsetzung, die wird anspruchsvoll. Die ist vielleicht ein bisschen kleiner und weniger teuer, aber der Veloweg führt durch das Jacob-Burckhardt Haus und das Tramgeleise liegt direkt daneben. Zudem gibt es Abhängigkeiten zum Ausbau des Bahnknotens. Ich bin gespannt, wie es da vorwärtsgeht und drücke allen Involvierten den Daumen.

Die beiden Verbindungen am Wolf zu guter Letzt, die Fuss- und Velobrücke Güterbahnhof Wolf, die steht in einem Zusammenhang mit mehreren Arealentwicklungen. Wir haben das Areal Wolf im Norden des Gleisfelds und wir haben das Areal Dreispitz Nord wie auch Walkeweg im Süden des Gleisfelds und verbunden sind diese Gebiete nur über die Münchensteinerbrücke. Da führt ein Weg von etwa 1,5 Kilometer von Areal zu Areal und mit dieser Brücke, mit diesem Steg wären es nur noch 300 Meter. Hier geht es um städtische Vernetzung, es geht um Schulwege und deshalb ist diese neue Verbindung von grosser Bedeutung. Diesen Steg, den gab es übrigens früher schon mal an gleicher Stelle, im Dach der Historischen Halle auf dem Areal Wolf ist der Einstieg auf diesen ehemaligen Steg noch ersichtlich. Die Weiterführung ins St. Alban-Quartier, da haben wir uns überzeugen lassen, dass diese nicht umgesetzt werden kann bzw. dass es nicht sinnvoll ist, diese umzusetzen, solange dieser Steg nicht gewährleistet ist und deshalb ist dies dann einfach die logische Fortsetzung.

Ich möchte noch kurz auf den Rückweisungsantrag eingehen, der mich schon überrascht, überrascht nicht, weil er steht im «Chrüzlistich», aber etwas irritiert. Ich denke, wir müssen wirklich differenzieren. Bei der letzten Sitzung, als es um die Gelder für das Lobbying ging, da verstand ich den Rückweisungsantrag immerhin. Hier sehe ich schlicht keinen Zusammenhang. Hier geht es um den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur für Velos und Fussgänger*innen rund um den Bahnhof. Was diese fünf Punkte verbindet, ist, dass immer Gleise überquert werden, aber das hat nichts mit dem Herzstück zu tun, das hat sowieso gar nichts mit einer Haltestelle Mitte zu tun. Also das, was jetzt da allenfalls geändert werden muss im Grossen, das hat keine Auswirkungen auf diese städtischen Beziehungen, die wir dringend brauchen. Deshalb finde ich es auch nicht einen logischen Schritt. Falls die Kolleginnen und Kollegen aus der SVP-Fraktion diese Veloinfrastruktur für unnötig halten, dann können Sie auch einfach Nein drücken, aber eine Rückweisung ohne klaren Auftrag verstehe ich wirklich nicht.

Nun, aus Sicht der SP-Fraktion sind dies allesamt wichtige Verbesserungen für die Veloverbindungen und für die fussläufige Vernetzung der Stadt. Ich habe es gesagt, sie sind alle verbunden mit grossen Herausforderungen und wir sind vor allem stark abhängig von der SBB. Wir bitten den Regierungsrat deshalb, sich im Namen der basel-städtischen Bevölkerung hartnäckig bei den SBB für ein zügiges Voranschreiten der Projekte einzusetzen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Nicole Strahm. Diese wird entgegengenommen.

Nicole Strahm-Lavanchy (LDP): Stefan Wittlin, gehen Sie mit mir einig, dass die Velofahrenden vom Gundeli über die Peter Merian-Brücke können, und gehen Sie mit mir einig, wieso eine Überquerung beim Wolf umsetzbar sein soll und beim Bahnhof nicht?

Stefan Wittlin (SP): Wir haben ganz andere Platzverhältnisse, wir haben ja die Überquerung im Bahnhof genau geprüft und sie gestrichen, weil wir zum Schluss gekommen sind, dass sie nicht umsetzbar ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Redner*innenliste ist erschöpft. Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank für die Voten, die Debatte. Ich höre da grundsätzlich eine grosse Einigkeit, das freut mich sehr. Vielleicht auch noch kurz zum Rückweisungsantrag der SVP. Ich könnte ihn nachvollziehen, wenn es so wäre, dass mit dem Entscheid der Regierung zur Fokussierung auf die Durchmesserlinie es so wäre, dass das Projekt nun komplett anders daherkäme oder dass man beispielsweise gar keinen Tiefbahnhof Basel SBB braucht. Es ist aber so, dass man auch mit der Durchmesserlinie auf einen Tiefbahnhof Basel SBB beispielsweise angewiesen ist, einfach eben zwei statt vier Geleise, weil einfach die Kapazität oberirdisch nicht reicht. Und es ist auch nicht so, dass jetzt irgendwie diese ganze Realisierungszeit durch diese Fokussierung länger würde, im Gegenteil. Wir erhoffen uns ja genau durch die Fokussierung, dass man diese ganze Durchmesserlinie mitsamt den Bauwerken, die dafür nötig sind, innerhalb der nächsten 20 bis 30 Jahre realisieren kann. Das ist doch ein wesentlicher Fortschritt, wenn wir daran denken, dass beim BAV zeitweise irgendwie vom Zeithorizont 2080 die Rede war. Umso mehr sollten wir jetzt wirklich vorwärts machen mit diesen Planungen rund um den Bahnhof SBB. Dazu brauchen wir natürlich die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen und deshalb sind wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesem Ausgabenbericht zustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die Präsidentin der UVEK, Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Zuerst zum Rückweisungsantrag. Der Rückweisungsantrag wurde in der UVEK nicht gestellt, die UVEK beantragt, den Ausgaben zuzustimmen. Dann wurde in den Voten von der Peter Merian-Brücke gesprochen, hier einfach kurz, um Missverständnisse zu vermeiden, wir hatten vier Bahnknotengeschäfte, die Peter Merian-Brücke war das zweite, was wir hier in den Rat gebracht haben. Beim vorliegenden vierten Geschäft geht es nicht direkt um die Peter Merian-Brücke, sondern um den, wenn man so will, den Velotunnel des Korridors 4, der eben gleich nebenan liegt. Es gibt einen gewissen Konnex zur Peter Merian-Brücke, weil der Velotunnel und das Nautentor-Projekt und die Peter Merian-Brücke Abhängigkeiten haben bzw. ähnliche Ziele verfolgen, was den Veloverkehr und den Fussverkehr und die Führungen dort in diesen Projekten anbelangt. Es gibt also diesen Konnex, aber beantragt sind Gelder für den Velotunnel 4 und zum Nautentor-Projekt haben wir im zweiten Geschäft auch Stellung bezogen, wie auch zur Peter Merian-Brücke.

Dann noch kurz zur Zollibrücke. Dort wurden die Varianten in den Fraktionsvoten erwähnt, Einhausung versus Brücke. Hier, um das noch zu differenzieren, die UVEK hat diese Varianten diskutiert und kam eigentlich zum Schluss, dass sie zwar eine gewisse Präferenz hat für eine Volleinhausung, dass sie aber diese Frage auch als nicht nur politische, sondern auch recht technische Frage von Machbarkeit, von Sinnhaftigkeit, etc. auch einstuft und deshalb haben wir es für den weiteren Wettbewerb offengelassen und uns nicht auf eine Variante festgefahren, obschon wir eine gewisse Präferenz für die Volleinhausung in der Kommission erkannten.

Dann noch zum Velotunnel. Es wurde der Tiefbahnhof als Vorbedingung für diesen Velotunnel im Korridor 4 erwähnt. Hier möchte ich kurz differenzieren. Die Kosten-Nutzen-Frage wurde in der UVEK stark diskutiert beim Velotunnel und es ist auch so, wenn der Tiefbahnhof kommt, verändert das die Kosten-Nutzen-Frage dieses Velotunnels sehr gross. Die UVEK hat also diesen Konnex gemacht zum Tiefbahnhof und zu den Vorteilen, die er bringt. Was wir aber nicht gemacht haben oder diskutiert haben, ist, dass die Planungen erst direkt nur mit dem Tiefbahnhof zusammenhängend gemacht werden sollen oder können. Wir haben beispielsweise auch weitere Dinge diskutiert, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis verschieben könnten, beispielsweise die unterirdische Erschliessung des Veloparkings am Centralbahnplatz über das Gundeli oder aber auch Synergien, die es mit den Parkings gäbe, die teilweise nicht ganz ausgelastet sind, wo man allenfalls weitere Velostationen auch schaffen könnte. Der Bedarf an Veloabstellplätzen, da sind wir auch als UVEK schon mehrfach darauf eingegangen in den früheren Bahnknotengeschäften und dieses Mitdenken von möglichen Velostationen unterirdisch und



möglichen Verbindungen unter den Velostationen bzw. unter den Veloabstellplätzen und den Quartieren steht auch unter diesem Stern.

Ob es weitere Varianten gibt für diesen Velotunnel, der ja im Richtplan eingetragen ist, und Varianten, die allenfalls das Kosten-Nutzen-Verhältnis auch verschieben können, das haben wir offengelassen, darüber haben wir auch nicht philosophiert, es kann jedoch sein. Der Tiefbahnhof ist also ein ausschlaggebender Faktor gewesen und wir wünschen uns, dass das miteinander gedacht wird, es ist aber nicht als Bedingung formuliert worden in der Kommission.

In diesem Sinne beantragen wir als Kommission, den Ausgaben zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung durch Pascal Messerli beantragt. Er beantragt, den Ratschlag an die Regierung zurückzuweisen. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

12 Ja, 82 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008102, 14.01.26 15:26:00]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Bericht nicht zurückweisen mit 82 Nein-Stimmen gegen 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Wir fahren fort mit der

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 19 des Berichts)

Titel und Ingress

Gesamtbetrag

Finanzierung der Planung

Finanzierung der Projektierung,

Publikations- und Referendums Klausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008104, 14.01.26 15:26:45]

Der Grosse Rat beschliesst

Der Grosse Rat bewilligt die weitere Finanzierung der Planung und Projektierung der mit dem Bahnausbau zusammenhängenden kantonalen Fuss- und Veloverkehrsinfrastrukturen in der Höhe von Fr. 6'280'000. Diese teilen sich wie folgt auf:



Fr. 3'700'000 für die Finanzierung der Planung von Fuss- und Veloquerungen über die Bahn resp. von Fuss- und Veloverbindungen längs der Bahn (zusätzliche Projekte «Define») inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements.

Fr. 2'580'000 für die Finanzierung der Projektierung von Fuss- und Veloquerungen über die Bahn resp. von Fuss- und Veloverbindungen längs der Bahn (zusätzliche Projekte «Design») inkl. Mittel für die befristeten Personalressourcen zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1, «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur».

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 85 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen.

11.1. Motion Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend Verwirklichung der "Zollibrücke" / SNCF Brücke, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:26:48, 19.5284.05]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, die Motion Semseddin Yilmaz als erledigt abzuschreiben. Die UVEK verzichtet auf ein Votum, der Regierungsrat ebenso. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion als erledigt abzuschreiben.

11.2. Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend einer Velounterführung vom Hexenweglein zum Peter Merian- Weg, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:27:06, 19.5292.04]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, die Anzüge Jörg Vitelli und Konsorten sowie Tim Cuénod und Konsorten stehen zu lassen. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Pascal Messerli hat sich gemeldet.

Pascal Messerli (SVP): Es ging vorhin im Fraktionsvotum vergessen, die SVP-Fraktion beantragt, die beiden Anzüge Vitelli und Cuénod abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen zuerst über den Anzug Vitelli ab. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

Anzug Jörg Vitelli

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst abschreiben.



Ergebnis der Abstimmung

67 Ja, 26 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008109, 14.01.26 15:28:11]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten den Anzug stehen lassen mit 67 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Anzug Tim Cuénod. Pascal Messerli beantragt, den Anzug abzuschreiben.

11.3. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend Verbesserung der Veloverbindungen vom "Gundeli" in die Innerstadt, Bericht der UVEK

[14.01.26 15:28:44, 19.5293.04]

Abstimmung

Anzug Tim Cuénod

JA heisst stehen lassen, NEIN heisst abschreiben.

Ergebnis der Abstimmung

68 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008111, 14.01.26 15:28:46]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten auch diesen stehen lassen mit 68 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

12. Ausgabenbewilligung zur Aufwertung Kronenplatz und Grünanlage Schulgasse, Ratschlag des RR

[14.01.26 15:28:54, 25.1253.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die UVEK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsidentin Raffaella Hanauer.

Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb): Das vorliegende Geschäft wurde der UVEK im Oktober zur Vorberatung überwiesen. Es sind eigentlich zwei Aufwertungen, über die wir hier sprechen, die des Kronenplatzes und die der Grünanlage Schulgasse.



Die Gelder für diese beiden Umgestaltungen werden in einem Ratschlag beantragt, da der Kronenplatz und die Grünanlage Schulgasse nahe beieinander liegen.

Wir haben das Geschäft in einer unserer Sitzungen im November beraten. Die UVEK hat zu ihrer Beratung eine Vertretung der Stadtgärtnerei eingeladen und wir beantragen dem Grossen Rat nach den Abklärungen einstimmig, dem Gesamtbetrag von rund 2 Mio. Franken zuzustimmen. Für eine Übersicht der zwei geplanten Aufwertungen verweise ich auf den Ratschlag des Regierungsrats. Ich berichte hier mündlich noch über die zusätzlichen Abklärungen der UVEK.

Zuerst zum Mitwirkungsverfahren. Das Mitwirkungsverfahren für die beiden Anlagen hat im 2021 stattgefunden. Umgesetzt wird das Projekt jedoch erst ca. im 2028. Daher hat man sich in der UVEK erkundigt, wie das Quartier, insbesondere die Personen, die am Mitwirkungsverfahren teilgenommen haben, seither weiter informiert und miteinbezogen wurden und wie mit der langen Projektdauer im Allgemeinen umgegangen wird. Die Verwaltung ihrerseits hat geschildert, dass die Stadtgärtnerei das Stadtteilsekretariat Kleinbasel jeweils über die wesentlichen Schritte zum Projekt informiert, wie beispielsweise zur Publikation des Ratschlags, und generell auf dem laufenden halte. Das Stadtteilsekretariat nimmt seinerseits wichtige Informationen in einem E-Mail-Verteiler auf. Auch übergeordnet werden die Stadtteilsekretariate und Quartierkoordinationen über eine jährliche Zusammenkunft zu Partizipationsprojekten orientiert. Dieser Anlass wird vom Präsidialdepartement organisiert.

Zu den Abklärungen der UVEK zu Jugendangeboten. In der UVEK hat man sich erkundigt, inwiefern die Interessensgruppe der Jugendlichen mit den beiden Aufwertungen bedient würde, zumal auf den ersten Blick keine attraktiven Angebote für Jugendliche in den Aufwertungen festgestellt werden konnten. Die Verwaltung hat auf den direkt an die Grünanlage angrenzenden Pausenplatz der Primarschule verwiesen, wo es unter anderem einen Basketballkorb gibt, und auf die Sitzgelegenheiten, die auf beiden Anlagen geschaffen werden, wobei die Grünanlage Schulgasse für Jugendliche wohl attraktiver sei, da sie sich dort geschützter bewegen könnten. Zudem hat sie darauf aufmerksam gemacht, dass im Mitwirkungsverfahren weder von Jugendlichen noch von der Jugendarbeit spezifische Wünsche kamen. Die Jugendarbeit suche primär nach Räumlichkeiten.

Zu den Abklärungen der UVEK zu Sitzgelegenheiten. In der UVEK wurde festgestellt, dass auf der Grünanlage Schulgasse im Gegensatz zum Kronenplatz nur wenige, insgesamt drei Sitzgelegenheiten angedacht sind. Die Vertretung der Verwaltung hat dafür keinen expliziten Grund vorgebracht. Die UVEK wünscht sich daher, dass im Bauprojekt in Bezug auf die Grünanlage Schulgasse nochmals geprüft wird, ob nicht mehr Sitzgelegenheiten geschaffen werden können.

Zu den Abklärungen und zur Haltung der UVEK zum Sandkasten und dessen Beschattung. In der UVEK wurde festgestellt, dass der neue Sandkasten des Kronenplatzes mitten in der Sonne zu liegen kommt. Der heutige Sandkasten befindet sich bereits am selben Ort. In der UVEK hat man sich daher erkundigt, ob der Sandkasten nicht neu im Schatten der Bäume angelegt werden könne. Sie erhielt die Auskunft, dass dies nicht ginge aufgrund des Wurzelwerks der alten Bäume. Am vorgesehenen Ort wird das Wurzelwerk am wenigsten tangiert. Der UVEK ist es ein Anliegen, dass Spielplätze, wenn immer möglich, auch Schatten haben. Sie regt daher an, in der weiteren Feinplanung eine geeignete Beschattung des Sandkastens zu prüfen. Eine solche soll jedoch die Spielmatte nicht tangieren.

Die UVEK macht also zwei Empfehlungen. Erstens wünscht sie sich, dass der Sandkasten in geeigneter Weise beschattet wird zum Schutz der Kinder und zweitens, dass auf der Grünanlage Schulgasse im Bauprojekt noch mehr Sitzgelegenheiten geplant werden. Gestützt auf diese Abklärungen beantragen wir Ihnen einstimmig, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Sie haben es gehört, Sie haben hier gleich zwei Anträge für Sanierungen, Neugestaltungen von Anlagen in Kleinhüningen vorliegen in einem Ratschlag. Es ist klar, diese Orte befinden sich in einer sehr dicht bebauten Gegend und es ist deshalb eben besonders wichtig, dass wir dort eine hohe Qualität an Grünflächen haben. Die Projekte wurden unter der Beteiligung von Anwohnenden geplant und jetzt möchten wir da vorwärts machen. Es gibt einen tollen Spielplatz, insbesondere beim Kronenplatz. Sie finden die Pläne im Bericht und wir haben dazu ja schon etwas gehört von der Kommissionspräsidentin. Deshalb mache ich es kurz. Vielen Dank an die Kommission für die Anregungen, die wir mitnehmen und auch die speditive Behandlung. Dank dieser schnellen Behandlung können wir zeitnah jetzt mit den weiteren Planungen und Umsetzung starten, sofern Sie dem Ausgabenbericht zustimmen natürlich und das würde mich sehr freuen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine Sprechenden eingetragen. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 12 des Ratschlags)



Titel und Ingress

Gesamtausgaben

- Aufwertung Grünanlagen
- Ausgaben Entwicklungsbeitrag
- wiederkehrende zusätzliche Aufgaben

Publikations- und Referendums Klausel.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

95 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008113, 14.01.26 15:36:00]

Der Grosse Rat beschliesst

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 2'058'500 für die Aufwertung des Kronenplatzes und Grünanlage Schulgasse bewilligt. Die Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 1'951'000 neue Ausgaben für die Aufwertung der Grünanlagen Kronenplatz und Schulgasse zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 1 „Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur – Mehrwertabgabefonds“. (Baupreisindex Nordwestschweiz Tiefbau, Basis April 2024 = 125.2).
- Fr. 96'000 neue Ausgaben als Entwicklungsbeitrag für die ersten fünf Jahre nach Fertigstellung der Grünanlagen Kronenplatz und Schulgasse zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Mehrwertabgabefonds.
- Fr. 11'500 als jährlich wiederkehrende zusätzliche Ausgaben für den Unterhalt der Belags- und Vegetationsflächen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Stadtgärtnerei.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 95 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

13. Erneuerung des Staatsbeitrags an das Felix Platter-Spital für das Projekt "Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)" für die Jahre 2026 bis 2028, Bericht der GSK

[14.01.26 15:36:05, 25.1426.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die GSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat deren Präsident Christian Moesch.

Christian C. Moesch (FDP): Gerne berichte ich Ihnen namens der GSK zur Erneuerung des Staatsbeitrags sowie Bewilligung von Ausgaben in der Höhe von 1.66 Mio. Franken an das Felix Platter Spital für das Projekt «AdvantAGE» für die Jahre 2026



bis 2028. Im Kanton Basel-Stadt besteht eine Versorgungslücke in der Übergangspflege für vulnerable ältere Menschen mit Multimorbidität, insbesondere beim Übergang vom Spital ins häusliche Umfeld. Nach Spitalaufenthalt ist das Risiko von Rehospitalisierungen erhöht. Das Modellprojekt AdvantAGE begegnet dieser Problematik mit einem interprofessionellen ambulanten Versorgungsansatz zur Sicherung der Selbstständigkeit und zur Vermeidung von erneuten Spitaleintritten und vorzeitigen Pflegeheimen. Das vom Universitären Altersmedizin Felix Platter (UAFP) gemeinsam mit verschiedenen Partnern entwickelte Angebot entspricht dem Legislaturplan 2025 bis 2029 und dessen Ziel einer qualitativ hochwertigen und finanzierbaren Grundversorgung durch Stärkung ambulanter Leistungen und Prävention.

AdvantAGE besteht aus einem klinischen Team, unter anderem Advanced Practice Nurses, ärztliche, soziale und therapeutische Fachpersonen sowie einem wissenschaftlichen Team für Evaluation und Forschung. Ein regelmässiger Austausch mit relevanten Stakeholdern ist sichergestellt. Die Evaluationen der Jahre 2023 und 2024 zeigen, dass die Projektziele weitgehend erreicht wurden. Das Projekt soll von 2026 bis 2028 weitergeführt und anschliessend in die Regelversorgung überführt werden. Gespräche mit nationalen Akteuren zur tariflichen Abgeltung im Rahmen der obligatorischen Krankenpflegeversicherung verliefen positiv. Eine künftige Integration könnte den Kanton finanziell entlasten.

Zum Vorgehen der Kommission. Der Grosse Rat hat den vorliegenden Ausgabenbericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht überwiesen, die Kommission hat die Vorlage inklusive Kommissionsbericht an drei Sitzungen behandelt. Die GSK unterstützt die Vorlage. Sie hatte lediglich Fragen zu einzelnen Aspekten des Projekts. AdvantAGE wird als vielversprechender medizinischer Ansatz im Umfeld von Hospital at Home beurteilt, der jedoch hinsichtlich Finanzierung medizinischer Belastbarkeit weiterentwickelt werden muss. Bei einer Überführung in den Regelbetrieb ist der Einbezug weiterer Spitäler denkbar.

Eine zentrale Voraussetzung ist die ausreichende Verfügbarkeit von Advanced Practice Nurses. Da entsprechende Weiterbildungen derzeit nur an zwei Fachhochschulen angeboten werden, soll die Ausbildungsmöglichkeit ausgebaut und auch berufsbegleitend ermöglicht werden. Ebenso ist eine ausreichende Tarifierung erforderlich, um den verstärkten Einsatz von APN zu erlauben. Aktuell bestehen tarifrechtliche Regelungen nur für stationäre und ambulante Leistungen, nicht jedoch für die Transitionsphase. Eine ordentliche Kassenabrechnung setzt daher die Überführung des Pilotprojektes in den Regelbetrieb voraus. Das Departement geht davon aus, dass dies gelingen wird, insbesondere aufgrund der erwarteten Kosteneinsparungen durch günstigere Behandlungen zu Hause und vermiedene Spitalwiedereintritte. Das Projekt richtet sich an Patientinnen und Patienten ab 65 Jahren und es ist klar in der Altersmedizin verortet. Die Aufgabenverteilung zwischen Spital, Spitex und weiteren Akteuren ist geregelt, die Koordination liegt bei den APN. Angehörige werden informiert, jedoch nicht verpflichtend eingebunden. Ziel bleibt der Erhalt der Selbstständigkeit nach der Spitalentlassung.

Zur fehlenden Indexierung der Beiträge nahm die GSK die schriftliche Erläuterung des Gesundheitsdepartements zur Kenntnis, wonach ein Teuerungsausgleich nach Inkrafttreten der Anpassung des Staatsbeitragsgesetzes vorgesehen ist. Darüber haben wir ja bereits heute Morgen debattiert und die entsprechenden Gesetzesänderungen beschlossen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission einstimmig, der nachfolgenden Beschlussvorlage zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD: Ich danke dem Präsidenten der Kommission für seine Ausführungen. Er hat Ihnen bereits dargelegt, worum es geht beim Antrag, den wir Ihnen gestellt haben. Ich kann nur noch ein bisschen vielleicht Kontext geben und die eine oder andere Ergänzung anbringen. Die Ausgangslage ist ja die positiverweise, dass wir eine immer höhere Lebenserwartung haben. Nicht ganz so positiv ist, dass viele von uns nicht bei bester Gesundheit das höhere Alter oder das ganz hohe Alter erreichen, sondern eben im Alter dann auch mit häufigen Spitaleintritten konfrontiert sind. Es ist festgestellt worden, dass sehr häufig einzelne Patientinnen und Patienten der Geriatrie eben wiederkehrend hospitalisiert werden müssen, weil sie nicht richtig trittfassen nach dem Spitalaustritt. Und dort in dieser intensivierten Begleitung nach dem stationären Aufenthalt sehen wir eben ein grosses Potenzial und haben Ihnen das Projekt AdvantAGE erstmals für die Jahre 2023 bis 2025 hier vorgelegt. Ich bedanke mich dafür, dass wir das nötige Vertrauen damals schon erhalten haben und dieses Projekt für die ersten drei Jahre finanzieren konnten.

Nun ist es eben so, dass es noch ein wenig mehr Zeit braucht, um die nötigen Grundlagen zu sammeln und aufzubereiten, damit dann diese Art von Spitalanschlussleistung oder Spitalaustrittsbegleitleistung auch ordentlich tarifiert werden kann. Also wir reden hier von einer Übergangsposition. Es ist nicht der Plan, in dieser Art Projektbeitrag langfristig diese Art von Versorgung zu finanzieren. Das längerfristige Ziel ist, dass derartige Leistungen eben in die Tarifstruktur integriert werden können und ordentlich über die üblichen Finanzierungspfade im Gesundheitswesen abgerechnet werden können und an diesem Punkt sind wir noch nicht. Deshalb ist es wichtig, hier nun dranzubleiben und deshalb bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie auch jetzt für die Jahre 2026 bis und mit 2028 die dafür notwendigen Finanzen im Umfang von 556'000 Franken pro Jahr uns sprechen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt. Wir kommen damit zur **Detailberatung** des Grossratsbeschlusses (Seite 6 des Berichts)

Titel und Ingress

Publikations- und Referendums Klausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0008115, 14.01.26 15:45:09*]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Fortführung des Modellprojekts «Advanced Practice Nurse-led Interprofessional Transitional Care Model for Frail Geriatric Adults (AdvantAGE)» des Felix Platter-Spitals werden für die Jahre 2026 bis 2028 Ausgaben von insgesamt 1'668'867 Franken (556'289 Franken jährlich) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 94 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

14. Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels für Sexarbeitende (Ausstiegsprogramm) für die Jahre 2026-2030, Ausgabenbericht des RR

[14.01.26 15:45:12, 25.1574.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort hat Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Die JSSK hat den vorliegenden Ausgabenbericht für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Ausstiegsprogramms für Sexarbeitende an einer Sitzung und im Beisein der entsprechenden Vorsteherin des JSD, der Abteilungsleiterin Recht und Beschaffungen im JSD sowie der neu ernannten Leiterin der Fachstelle Gewaltschutz und Opferhilfe behandelt. Da sich die Kommission im Grundsatz einig war über die Unterstützungswürdigkeit des Projekts, wurde auf einen schriftlichen Bericht verzichtet und ich berichte zu diesem Geschäft mündlich.

Der Kanton Basel-Stadt verfolgt im Umgang mit Prostitution seit Jahren ein liberales Modell mit Verbotsvorbehalt. Prostitution ist somit mit gewissen Einschränkungen und Auflagen erlaubt, aber auch reglementiert. Das oberste Ziel ist der Schutz und die sicheren Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende. Viele Massnahmen hierfür, namentlich Koordination, Information, Beratung, Unterstützung, aber auch Kontrolle und gewisse Sanktionen, sind etabliert und haben sich in den letzten Jahren bewährt.



Mit dem vorliegenden Ausgabenbericht soll dieses Mehrsäulenmodell um einen weiteren Pfeiler, namentlich die Ausstiegshilfe, im Rahmen eines Pilotprojekts erweitert werden. Das Geschäft geht auf einen Vorstoss von Christoph Hochuli und Konsorten aus dem Jahr 2023 zurück, welcher wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, forderte. Der Regierungsrat hat darauf reagiert und in seinem Ausgabenbericht aufgezeigt, wie ein solches Angebot in Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Fachstelle umgesetzt werden kann. Anlässlich der Beratung wurden der Kommission eindrücklich die Hürden für einen Berufswechsel weg von der Sexarbeit aufgezeigt. So wohnen die Sexarbeiter*innen oftmals auch an ihrem Arbeitsort, ein Ausstieg aus ihrem Beruf bedeutet somit auch, dass ihre bisherige Bleibe entfällt. Viele kommen aus dem Ausland, verfügen über keinen längerfristigen oder sicheren Aufenthaltsstatus. Hinzu kommen sprachliche Barrieren oder ein tiefer Bildungsgrad, was es für die Personen oft schwierig gestaltet, ausserhalb der Sexarbeit ein existenzsicherndes Einkommen zu erwirtschaften. Sexarbeiter*innen sind zudem teilweise stark isoliert sozial, verfügen über kein Umfeld ausserhalb des Berufs und schliesslich bestehen teilweise auch familiäre Verpflichtungen im In- und Ausland, so dass Ausstiegswillige nicht nur für sich, sondern auch für weitere Familienangehörige sorgen müssen.

Der Ausgabenbericht sieht daher vor, dass das Ausstiegsprogramm vor diesem Hintergrund dieser Hürden und Bedürfnisse ein abgestimmtes Paket darstellt, welches Unterstützungsleistungen bereitstellen soll. Dies startet bei einer individuellen Beratung über Unterstützung bei der Arbeitsintegration und der Wohnberatung bis hin zu finanzieller Einzelfallhilfe. Das Konzept sieht in den Bereichen Arbeitsintegration und Wohnberatung insbesondere auch vor, dass Mandate an spezialisierte Dritte vergeben werden können. Die einzelnen Massnahmen sind im Ausgabenbericht detailliert beschrieben, weshalb ich an dieser Stelle auf eine Wiederholung verzichte. Begleitet werden soll das Pilotprojekt von einer externen Evaluation. Dies ist wichtig, um die Wirksamkeit und die Massnahmen zu messen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen für ein allfälliges, künftiges, dauerhaftes Angebot.

Mit Freude hat die Kommission zur Kenntnis genommen, dass mit Aliena eine Organisation für das Pilotprojekt gefunden werden konnte, welche seit vielen Jahren im Bereich der Beratung, der Begleitung und der sozialen Unterstützung für Sexarbeitende niederschwellige Arbeit leistet, bestens vernetzt ist und vor allem auch beim Klientel bekannt und geschätzt ist. Auch das JSD verfügt seit 2014 über eine entsprechende Leistungsvereinbarung für das Grundangebot und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, im Namen der Kommission Aliena für ihre wichtige Arbeit zu danken. In zeitlicher Hinsicht ist das Pilotprojekt für fünf Jahre projektiert. Ziel ist es, dass das Projekt im Jahr 2026, also so schnell wie möglich, starten kann. Für 2026 bis 2030 ist die Durchführung des Projekts, die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen und die Evaluation geplant. Für 2031 wären, je nach Ergebnis der Evaluation, Anpassungen zu machen und, falls das möglich und gewünscht ist, die Überführung in die Regelstruktur geplant. Da der Staatsbeitrag für das Grundangebot von Aliena ohnehin im Jahr 2031 erneuert werden müsste, könnte mit der vorliegenden Zeitplanung ein neuer Staatsbeitrag für Aliena erarbeitet werden, welcher auch die Ausstiegshilfe beinhalten würde.

Zu den finanziellen Auswirkungen. Die Finanzhilfe bei den Personalkosten beträgt jährlich knapp 135'405 Franken und beinhaltet insgesamt 120 Stellenprozente. Die Sachkosten betragen jährlich 147'600 Franken und beinhalten auch die Mittel für die Mandatsvergabe für die Pakete Wohnen und Arbeitsintegration an Dritte. Dies ist insbesondere auch deswegen, weil Aliena auch gesagt hat, dass sie da nicht über die entsprechende Expertise verfügen und hier auf bekannte Partner zurückgreifen möchten. Die Kosten für die externe wissenschaftliche Begleitung betragen jährlich 3'600 Franken, insgesamt resultieren somit Kosten von 286'605 Franken respektive 1.43 Millionen insgesamt für das fünfjährige Projekt.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass in der entsprechenden Tabelle auf Seite 5 des Ausgabenberichts sich ein kleiner Fehler eingeschlichen hat. Die jährlichen Personalkosten betragen nicht 138'925 Franken, sondern 135'405 Franken. Dieser Fehler wurde anlässlich der Kommissionsberatung entdeckt und im Nachgang der Sitzung korrigiert. Die Differenz rührt daher, dass die Arbeitsplatzkosten von 4'400 Franken über fünf Jahre bei der Berechnung für das einzelne Jahr nicht nur anteilmässig, sondern insgesamt berücksichtigt wurden. Deswegen die kleine Abweichung. Die Totalkosten des Pilotprojekts und der Grossratsbeschluss sind aber im Bericht korrekt.

Im Rahmen der Kommissionsberatung waren die Voten im Grundsatz unisono positiv für Unterstützung. Einige Punkte sorgten aber dennoch für Gesprächsbedarf. Ich möchte sie kurz erläutern. Für Diskussionsbedarf sorgte einerseits die Schätzung der Verwaltung, dass jährlich ca. zehn Personen pro Jahr begleitet werden können. Unter Berücksichtigung des Umstandes, dass in Basel-Stadt etwa 2'300 Sexarbeiter*innen angemeldet sind und schätzungsweise nochmals etwa 1'000 unangemeldet hier arbeiten, ist diese Zahl doch sehr tief. Die Verwaltung führte hierzu aus, dass sich in den vergangenen Jahren 25 bis 35 Frauen für einen Ausstieg interessiert hätten und eine Erstberatung in Anspruch genommen haben. Davon hätten aber nur etwa ein Drittel den Ausstieg auch weiterverfolgt. Die Gründe hier für den Abbruch seien sehr unterschiedlich. Zum Beispiel wurde die psychische Labilität, die Verpflichtungen, mangelnde Ausbildung oder geringe Sprachkenntnisse genannt. Es ist ein Pilotprojekt, das aufzeigen soll, ob ein solches Projekt sinnvoll ist. Der grosse Begleitaufwand erfordere zudem die Beschränkung auf eine realistische Zahl und diese Zahl sei namentlich zehn. Die Kommission erachtete diese Ausführungen dann auch mehrheitlich als schlüssig und wies darauf hin, dass Basel-Stadt mit diesem Projekt weitestgehend Neuland betrifft, was auch die hohen Kosten rechtfertigt.

Weiter wurde von einem Teil der Kommission angemerkt, dass fünf Jahre für ein Pilotprojekt doch relativ lang sind. Die Mehrheit der Kommission erachtete aber diese Dauer eben auch mit Blick auf eine allfällige Koordination mit der Erneuerung



des allgemeinen Leistungsauftrags von Aliena sowie der Tatsache, dass es hier grundlegende Aufbauarbeit zu leisten gibt, welche eben halt dauert, was nicht von heute auf morgen geschehen kann, erachtet eine Mehrheit der Kommission die fünf Jahre als angemessen. Ein anderer Antrag wurde jedenfalls nicht gestellt.

Und schliesslich wurde auch mit einer gewissen Ernüchterung festgestellt, dass auch das geplante Ausstiegsprogramm gewisse Probleme, Abhängigkeiten und Prekarisierungen nicht lösen kann. Prostitution ist und bleibt ein globalisiertes Geschäft. Viele Sexarbeiter*innen halten sich nur für kurze Zeit in der Schweiz oder auch in Basel auf und haben aufgrund der migrationsrechtlichen Bestimmungen teilweise keine Aussicht auf einen dauerhaften Verbleib in der Schweiz und damit kommen sie für das Ausstiegsprogramm auch nur beschränkt in Frage. Trotzdem erachtet die Kommission das Projekt für die übrigen Personen als sinnvoll und als wichtig.

Nach engagierter Diskussion stimmte die JSSK dem Ausgabenbericht schliesslich zu und empfiehlt die Zustimmung zum entsprechenden Grossratsbeschluss. Der Anzug von Christoph Hochuli soll infolge Erfüllung des Anliegens abgeschrieben werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Ich möchte mich vorab bedanken bei der JSSK für die gute Zusammenarbeit auch in diesem Geschäft, das wir doch auch sehr speditiv in einer Sitzung haben beraten können. Ich möchte nicht alles wiederholen, was die Kommissionspräsidentin schon erläutert hat, ich stimme diesen Erläuterungen allen zu. Ich möchte dennoch ein paar Dinge noch anmerken. Ich denke, es ist schon wichtig zu sehen, dass der Kanton Basel-Stadt seit den 90er-Jahren ein liberales Modell in der Prostitution fährt. Wir haben es gehört, wir haben eine bewilligungsfreie Regulierung der Sexarbeit mit Verbotsvorbehalt. Der Fokus lag und liegt bis heute auf dem Schutz dieser vulnerablen Sexarbeitenden und eben nicht im Ausbau der repressiven Instrumente. Ich denke, wir sind hier in Basel-Stadt gut gefahren mit diesem Modell und wir wollen auch an diesem Modell festhalten.

Wir haben dieses Mehrsäulenmodell, das wir eben jetzt gezielt weiterentwickeln und um eine weitere Säule, namentlich die Ausstiegshilfe, ergänzen wollen. Der Regierungsrat ist ebenfalls froh, dass wir mit der Fachstelle Aliena über wirklich eine erfahrene Partnerin verfügen in diesem Bereich und die eben auch einen etablierten Zugang hat zu dieser Zielgruppe. Weil wir haben es gehört, in diesem Milieu, in diesem Umfeld ist es entscheidend, dass auch dieses Vertrauensverhältnis aufgebaut wird. Da investieren wir sehr viel auf Behördenseite, aber auch auf Seiten der Fachleute, die wir in den Leistungsvereinbarungen, in den Staatsbeitragsverhältnissen haben.

Wir haben es gehört, es ist ein Pilotprojekt, es dauert über fünf Jahre. Ja, das tönt nach einer langen Zeit, es ist aber schon richtig, auch was die Kommissionspräsidentin gesagt hat, wir müssen das zuerst etablieren, wir müssen es aufbauen und wir haben ja auch inklusive noch den Bericht über die Evaluierung dieser Pilotphase auch drin in diesen fünf Jahren. Ich denke, das ist sicher angemessen, damit wir dann wirklich auch bereit sind, wenn die Staatsbeitragsperiode wieder neu verhandelt wird, dass wir mit Aliena schauen können, was brauchen wir, braucht es Justierungen, braucht es Ausbau, braucht es was auch immer, das müssen wir jetzt eben zuerst schauen, aber ich denke, wir haben dann sicher eine seriöse Datenbasis.

Und vielleicht noch zur zweiten Zahl, die genannt wurde, diese Schätzung der zehn Personen. Das tönt wirklich nach sehr wenig, aber es fehlen, wie gesagt, Erfahrungswerte. Wir haben gehört, es gibt einige Hürden auszusteigen. Es ist immer noch ein sehr mit viel Scham und Tabus behaftetes Metier und da wirklich dann auch den Ausstieg zu finden, entsprechend auch Geld zu verdienen, Unterkunft zu finden, das ist nicht ganz einfach und da braucht es diese vertrauensvolle Begleitung auch und deshalb sind wir von einer vorsichtigen Schätzung ausgegangen. Selbstverständlich wäre es schön und wäre auch das Ziel, dass wir mehr Sexarbeitende damit auch erreichen und auch zeigen können durch diese Begleitung und dieses Angebot, dass es möglich ist und ich denke, deshalb sind wir etwas vorsichtig mit der Schätzung eingestiegen, aber natürlich mit der Erwartung, dass wir genau in diesen fünf Jahren auch dieses Angebot etablieren können.

In diesem Sinne und vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, dem Antrag der JSSK und eben auch des Regierungsrates zuzustimmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Christoph Hochuli für die Mitte-EVP.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Im Januar 2023 haben Sie meinen Anzug für wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, sehr deutlich an den Regierungsrat überwiesen. Inzwischen hat der Regierungsrat den Anzug erfreulicherweise mit dem vorliegenden Ausgabenbericht beantwortet. Der aktuelle Mehrsäulen-Ansatz soll damit um eine weitere Säule, die Ausstiegshilfe, ergänzt werden. Der Regierungsrat beantragt Ausgaben an den Verein Aliena für



insgesamt rund 1'433'000 Franken, verteilt auf fünf Jahre bis 2030 für den Aufbau und die Umsetzung eines Pilotprojekts zur Ausstiegshilfe für Sexarbeitende. Anschliessend soll ab 2031 aufgrund der Erkenntnisse ein wirksames und bedarfsgerechtes Programm etabliert werden. Dieses Programm wird durch die erfahrene Fachberatungsstelle Aliena mit einer individuellen und bedarfsgerechten Unterstützung im Rahmen eines Case-Managements umgesetzt. Mit einer engen Zusammenarbeit mit diversen Partnerorganisationen, etwa in den Bereichen Arbeitsintegration, Wohnungswesen und Therapieangebote.

Dieses Pilotprojekt ist so wichtig, weil gemäss einer Studie der deutschen Regierung 89% der Prostituierten aus ihrem Beruf aussteigen möchten. Viele dieser Menschen, es sind vor allem Frauen, erleben psychische, körperliche und/oder sexuelle Gewalt in ihrem Beruf. Zwei Drittel der Prostituierten leiden an posttraumatischen Belastungsstörungen, viele auch an Depressionen und greifen deshalb zu Alkohol und Drogen. Die grosse Mehrheit prostituiert sich aus wirtschaftlicher Not heraus oder sogar unter Zwang. Ein Ausstieg scheidet meist an der Alternativlosigkeit, oft verschärft durch unsicheren Rechtsstatus, geringe Berufsausbildung, mangelnde Sprachkenntnisse und psychischen Zustand. Viele leiden auch unter der Stigmatisierung und dem Verlust von sozialen und familiären Beziehungen. Ich bin überzeugt, dass das geplante Pilotprojekt vielen Menschen, vor allem Frauen, helfen wird, ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben ausserhalb der Sexarbeit zu erlangen. Ich bedanke mich herzlich beim Regierungsrat und im Speziellen beim JSD für die gute Umsetzung meines Anzugs und Aliena für die Durchführung des Ausstiegsprogramms.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der Mitte-EVP-Fraktion, den vorliegenden Ausgabenbericht zu genehmigen. Meinen Anzug können wir als erledigt abschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Thomas Widmer-Huber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Auch ich begrüsse die Finanzhilfe an den Verein Aliena für ein Pilotprojekt zur Entwicklung und Umsetzung eines Berufswechsels. Da schon manches erläutert wurde, halte ich mich kurz. Die Fachstelle Aliena hat viel Erfahrung in der Begleitung von Sexarbeitenden. Ich kenne die Arbeit seit vielen Jahren und auch mehrere Mitarbeitende. Aliena ist als Fachstelle breit vernetzt und ist auch bereit, mit anderen Institutionen zusammenarbeiten, eben gerade, weil sich Aliena auch bewusst ist, dass es Ergänzungen braucht und eine gute Zusammenarbeit mit anderen. Gerne nutze ich die Gelegenheit, Aliena und auch anderen Institutionen wie etwa Rahab von der Heilsarmee für ihr Engagement zu danken.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Die Kommissionspräsidentin und die Regierungsrätin verzichten auf ein Votum. Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung wurde nicht beantragt. Wir kommen damit zur

Detailberatung des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Ausgabenberichts)

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008117, 14.01.26 16:04:10]

Der Grosse Rat beschliesst

Für den Verein Aliena «Fachstelle für Frauen im Sexgewerbe» werden für den Aufbau und die Umsetzung eines Pilotprojekts zur Ausstiegshilfe für Sexarbeitende Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'433'025 für die Jahre 2026 bis 2030 (Fr. 286'605 p.a.) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 92 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

14.1. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend wirksame Ausstiegsprogramme für Menschen, die aus der Prostitution aussteigen wollen, Ausgabenbericht des RR

[14.01.26 16:04:12, 22.5514.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die JSSK beantragt, den Anzug Christoph Hochuli als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

20. Petition P494 "Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!", Bericht der PetKo

[14.01.26 16:04:27, 25.5093.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat deren Präsidentin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Lärmschutz an der Osttangente - jetzt!» wurde der Petitionskommission am 19. März 2025 überwiesen. Ende Oktober fand das Hearing mit einer Vertretung der Petentschaft und zwei Vertretern der Verwaltung, also des BVD, sowie einem Vertreter des ASTRA statt. Die beiden Vertreter*innen der Petentschaft erläuterten sehr anschaulich den jahrzehntelangen Einsatz der an der Osttangente ansässigen Bevölkerung für den Lärmschutz. Im Februar 2022 bewilligte der Grosse Rat Ausgaben für die Erstellung eines Vorprojekts für die Überdeckung der Autobahn an der Westseite der Breite in der Länge von 465 Metern für die Erhöhung der Lärmschutzwand an der Schwarzwaldallee und für eine neue Lärmschutzwand an der Signalstrasse.

Die Quartierbevölkerung verbindet grosse Hoffnungen mit diesem vom Kanton zu finanzierenden Vorhaben. Die Petition fordert denn auch konkret, diese sogenannten übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen umgehend umzusetzen. Zudem fordert die Petition auch, die Umsetzung von Tempo 60 als kostengünstigste Lärmschutzmassnahme endlich zu realisieren. Gemäss einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Januar 2025 wird diese Forderung nun zumindest in der Nacht erfüllt. Eine weitere Forderung betrifft Massnahmen zur Verkehrsberuhigung wie lärmarme Strassenbelege und ein Verkehrsleitsystem. Zudem soll die Bevölkerung laufend über den Stand der Planungen informiert werden.

Die Petentschaft kritisierte am Hearing, dass der Regierungsrat noch keinen Fahrplan zur Umsetzung der übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen vorgelegt habe, obwohl der Entscheid des Grossen Rates schon vor dreieinhalb Jahren gefällt wurde. Sie befürchtet auch aufgrund schon gemachter negativer Erfahrungen, dass die Sache auf die lange Bank geschoben werde. Für die Dringlichkeit dieses Anliegens spricht gemäss der Petentschaft auch der Umstand, dass die Verkehrsmenge auf der Osttangente in den nächsten 20 Jahren noch weiter zunehmen wird. Lärmschutzmassnahmen sind gemäss der Petentschaft auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes angebracht. Neuere Lärmstudien zeigen, dass jede Massnahme, die zu einer Reduktion der Lärmbelastung beiträgt, potenziell auch den Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessern kann. Dies ist insbesondere auch ein wichtiges Argument gegenüber allfälligen Einwänden wegen zu hoher Kosten.

Die Vertreter der Verwaltung und des ASTRA bestätigten, dass Tempo 60 nach der laufenden Sanierung spätestens ab 2029 in der Nacht gelten solle. Wäre der Rheintunnel nicht abgelehnt worden, hätte auch tagsüber generell Tempo 60 eingeführt werden können. Die Vorprojekte für die Lärmschutzwände auf der Signalstrasse und der Schwarzwaldallee würden



voraussichtlich bis Mitte 2026 abgeschlossen sein. Wann der Ratschlag zur konkreten Umsetzung folge, stehe noch nicht fest. Die Lärmschutzwände bei der Galgenhügel-Promenade dürften hingegen bis Ende 2026 gebaut sein. Das Vorprojekt für die Einhausung Breite West der Osttangente wurde im Hinblick auf den Bau des Rheintunnels geplant. Mit der Ablehnung des Rheintunnels in der Volksabstimmung habe sich nun die Ausgangslage geändert und es müsse nun neu geprüft werden, ob und wie die 465 Meter lange Einhausung realisiert werden kann. Dafür brauche es eine neue Machbarkeitsstudie und ein neues Vorprojekt.

Die Petitionskommission hat für die Unzufriedenheit der Petentschaft grosses Verständnis. Die Anwohner*innen, die hinter dieser Petition stehen, kämpfen teilweise seit Jahrzehnten für mehr Wohn- und Lebensqualität entlang der Osttangente. In dieser Zeit sind zwar einzelne Massnahmen wie der Einbau von Schallschutzfenstern oder die Einhausung Breite Ost umgesetzt worden, gleichzeitig hat aber der Verkehr auf der Osttangente massiv zugenommen und dürfte in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Gleichzeitig wurden am Hearing aber auch die Herausforderungen, die sich der Verwaltung stellen, deutlich. Das Bau- und Verkehrsdepartement hat in Bezug auf die Einhausung Breite West nicht mit Szenarien gearbeitet, sondern hat lediglich in der Annahme, dass der Rheintunnel in der Volksabstimmung angenommen werde, projektiert und geplant. Dass man sich in der Verwaltung über allfällige andere Umsetzungsmöglichkeiten erst seit Ablehnung des Rheintunnels Gedanken macht, ist aus Sicht der Petitionskommission ärgerlich. Jedoch muss auch berücksichtigt werden, dass der Kanton den Bau des Rheintunnels offiziell unterstützt hat und es aus dieser Haltung heraus widersprüchlich gewesen wäre, eine Einhausung der Osttangente in der Annahme zu planen, dass der Rheintunnel nicht gebaut wird.

Die PetKo findet es aber bedenklich, dass die übergesetzlichen Lärmschutzmassnahmen seit über zwei Jahren nicht umgesetzt werden, da sie nicht vom Rheintunnel abhängig sind und ein klarer parlamentarischer Auftrag besteht. Für die PetKo ist es unverständlich, warum diese niederschweligen Massnahmen nicht schneller ergriffen wurden, insbesondere wenn man den hohen Leidensdruck der Anwohnenden und ihr jahrelanges grosses Engagement für Verbesserungen berücksichtigt. Sie wünscht sich diesbezüglich Flexibilität von Seiten Regierungsrat und Verwaltung. Die PetKo stellt fest, dass die Ablehnung des Rheintunnels für die Anwohnenden der Osttangente negative Auswirkungen hat. So fliesst weiterhin der gesamte Verkehr oberirdisch mitten durch das Quartier. Die Einhausung Breite West verzögert sich, Tempo 60 tagsüber dürfte weiterhin nicht eingeführt werden und ein Rückbau der Osttangente scheint keine Option mehr zu sein.

Deshalb fordert die Kommission den Regierungsrat auf, dem Grossen Rat so bald als möglich Ratschläge vorzulegen für jene übergesetzlichen Massnahmen, für die noch keine Ausgaben beschlossen wurden. Die PetKo nennt bewusst Ratschläge in der Mehrzahl, denn die beiden Lärmschutzwandprojekte lassen sich vor der Einhausung Breite West umsetzen. Dass das Vorprojekt für diese über dreieinhalb Jahre nach dem Grossratsbeschluss noch immer in Ausarbeitung ist, steht in keinem Zusammenhang mit der Ablehnung des Rheintunnels. Die Petitionskommission möchte den berechtigten Anliegen der Petentschaft Nachdruck verleihen und beantragt deshalb mit diesen kritischen Bemerkungen, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an die erste Fraktionssprecherin Lisa Mathys für die SP.

Lisa Mathys (SP): Ich schliesse mich in grossen Teilen dem Votum von Heidi Mück an, möchte aber einfach doch noch einmal ein bisschen mehr vielleicht auf den Tisch hauen. Weil ich wirklich finde, erstens sind es nicht nur dreieinhalb Jahre, sondern 16. März 2022, es geht wirklich nicht lange, dann sind es schon vier Jahre seit diesem Beschluss, und seit der Bericht verabschiedet wurde von der Petitionskommission sind ja auch noch wieder ein paar Wochen verstrichen. Ich möchte einfach schon noch einmal darauf hinweisen, dass in diesem Grossratsbeschluss beschlossen wurde, 1.85 Mio. Franken für Vorprojekte zu sprechen und zu bewilligen, und zwar nicht unter dem Vorbehalt, dass ein Rheintunnel gebaut wird. Das war überhaupt nicht Teil dieses Grossratsbeschlusses und deshalb befremdet es mich und die SP-Fraktion auch wirklich, dass wir da noch nicht weiter sind.

Wenn das so ist, wie wir das jetzt auch im Bericht der Petitionskommission wieder lesen konnten, dass man halt einfach irgendwie verpasst hat, in Szenarien zu denken und wirklich ganz fest vom Bau des Rheintunnels ausging und deshalb jetzt wie das neu denken muss, dann bedeutet das in der Schlussfolgerung auch, dass man diese Lärmschutzprojekte erst machen wollte nach 2040. Weil sonst macht der Zusammenhang ja gar keinen Sinn und das finde ich gegenüber der betroffenen Bevölkerung, den Anwohnenden in der Breite und auf der anderen Seite Schwarzwaldallee, etc., das finde ich wirklich ein schlechtes Zeichen, wenn man im März 2022 Gelder spricht, um Lärmschutzmassnahmen umzusetzen, den Auftrag gibt, macht ein Vorprojekt für die ganze Überdachung im Osten, dann kann man das doch nicht erst nach 2040 vorsehen, das ist doch ein Affront.

Deshalb bin ich sehr dankbar, dass wir diesen Bericht dem Regierungsrat überweisen können und hoffe sehr, dass da jetzt Bewegung in die Sache kommt und dass man die Anliegen der lärmgeplagten Anwohnenden wirklich ernster nimmt und vorwärts macht und da jetzt Nägel mit Köpfen macht.



Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden eingetragen. Frau Mück verzichtet in einer zweiten Runde. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition stillschweigend dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.

21. Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel", Bericht der PetKo

[14.01.26 16:14:59, 25.5173.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Für die Kommission hat Heidi Mück das Wort.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel» wurde der Petitionskommission im April 2025 überwiesen. Im November fand das Hearing mit den drei Vertreterinnen der Petentschaft und dem Leiter der Sozialhilfe als Vertreter der Verwaltung statt. Die Petition ist in ihrem Wortlaut relativ ausführlich, weshalb ich zuerst einmal die konkrete Forderung erwähne, die auch aus dem Titel ableitbar ist. Das Verbot der Nutzung des Spielplatzes im Innenhof des Wohnheims für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMAS) an der Reiterstrasse soll aus der Hausordnung dieses Wohnheims gestrichen werden. Die Unterzeichnenden der Petition bestehen zudem auf eine vorurteils- und rassismusfreie Begegnung mit den ankommenden unbegleiteten Kindern und Jugendlichen.

Die drei Vertreterinnen der Petentschaft bezeichneten im Hearing das Verbot zur Nutzung eines Spielplatzes für die Bewohner*innen des im Februar 2025 eröffneten Wohnheims für UMAS als rassistisch. Ihrer Meinung nach wäre es wichtig gewesen, dass die Sozialhilfe eine kritische und verantwortungsvolle Haltung gegenüber den lautstark geäusserten Bedenken eines Teils der Anwohner*innen eingenommen und abgewartet hätte, wie sich die UMAS in ihrem neuen Zuhause einleben, anstatt die Forderung nach einem Spielplatzverbot unhinterfragt zu akzeptieren. Die Vertreterinnen der Petentschaft wiesen auch darauf hin, dass der Rassismus in der Schweiz in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat und dass darüber viel zu wenig gesprochen wird. Mit ihrer Petition sei auch die Absicht verbunden, eine Diskussion über Rassismus anzustossen.

Der Leiter der Sozialhilfe berichtete über die Erfahrung, dass sich kaum jemand grundsätzlich gegen Asylliegenschaften ausspreche, jedoch die Eröffnung einer solchen Liegenschaft in der direkten Nachbarschaft regelmässig Ängste und Befürchtungen auslöse. Nach der Eröffnung stellen die Anwohnenden dann jeweils fest, dass Asylsuchende keine Probleme verursachen. Aufgrund der negativen Stimmung im Quartier, die sich an einer sehr gut besuchten Informationsveranstaltung deutlich gezeigt hatte, habe die Sozialhilfe entschieden, in der Hausordnung des Wohnheims Ende April ein Spielplatzverbot festzuhalten. Sie seien jedoch sowieso davon ausgegangen, dass die UMAS kein Interesse an diesem Spielplatz zeigen würden, sondern ihre Freizeit an anderen Plätzen verbringen möchten. Man habe also den Anwohnenden entgegenkommen können, ohne die Freizeitgestaltung der UMAS einzuschränken. Dies sei auch von der Realität bestätigt worden. An einer zweiten Informationsveranstaltung vor den Sommerferien seien dann nur noch wenige Quartierbewohner*innen erschienen. Sie äusserten keine Kritik, sondern erkundigten sich, wie sie die UMAS unterstützen können.

Mitte August sei nach Rücksprache mit Quartiervertretungen das Spielplatzverbot wieder aus der Hausordnung gestrichen worden. Das Verbot galt also lediglich wenige Monate. Der Leiter der Sozialhilfe gab zu, dass das Spielplatzverbot intern nicht unumstritten gewesen sei. Die Erfahrungen zeigen aber immer wieder, dass ein gewisses Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Quartierbevölkerung zu einer Beruhigung der Situation beitragen könne. Es sei notwendig, auch unberechtigte Ängste ernst zu nehmen. Viele Menschen liessen sich nicht von Fachpersonen oder Peers überzeugen, sondern müssten ihre eigenen Erfahrungen machen, um Vorurteile und unbegründete Ängste zu überwinden.

Die Petitionskommission stellt fest, dass das Spielplatzverbot aus der Hausordnung des Wohnheims für UMAS gestrichen wurde und damit die Hauptforderung der Petition erfüllt ist. Die Meinung darüber, ob das Vorgehen der Sozialhilfe richtig war, gehen in der PetKo auseinander. Ein Teil der Kommission findet es richtig, dass die Sozialhilfe mit einem pragmatischen Vorgehen versucht hat, den Anwohnenden ihre Ängste zu nehmen, anstatt die Fronten zu verhärten. Ein anderer Teil ist hingegen der Meinung, dass mit dem Spielplatzverbot ein falsches Signal gesendet worden ist, insbesondere da ja die Sozialhilfe selbst überzeugt davon war, dass die UMAS den Spielplatz sowieso nicht nutzen würden.



Wir sind in der Kommission nach engagierter Diskussion zum Schluss gekommen, dass die Frage, wie mit diffusen Ängsten, mit Vorurteilen und mit Rassismus umgegangen werden soll, ein generelles und weitreichendes gesellschaftliches Problem ist, das nicht im Rahmen einer Petition gelöst werden kann. Deshalb beantragt die PetKo einstimmig, die Petition «Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel» als erledigt zu erklären. Die Lancierung der Petition war trotzdem richtig und wertvoll, denn sie hat auch den Menschen eine Stimme gegeben, mit der im Nachhinein als unbegründet erwiesenen Vorbehalten gegenüber UMAS etwas entgegengesetzt wollten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Oliver Bolliger für die BastA.

Oliver Bolliger (BastA): Zuallererst möchte ich im Namen von BastA den Menschen, welche diese Petition lanciert und eingereicht haben, herzlich danken. Diese Petition war aufgrund des ausschliessenden und diskriminierenden Entscheids der Verwaltung dringend angezeigt und notwendig. Schlussendlich hat diese Petition auch Wirkung erzielt, der Entscheid wurde zurückgenommen und diese Petition ist nun erledigt. Erlauben Sie mir trotzdem ein paar kritische Worte.

Die Sozialhilfe der Stadt Basel ist für die Betreuung von asylsuchenden Minderjährigen zuständig. Sie hat zum Ziel, die jungen Menschen während des Asylverfahrens psychosozial gut zu betreuen, eine angemessene Unterkunft zu gewährleisten, schulische und administrative Unterstützung anzubieten und die Integration zu fördern. Von Ausschluss oder Abschottung ist nirgends da die Rede. Deshalb ist es völlig unverständlich, dass die Sozialhilfe vor dem Bezug der Unterkunft im Neubadquartier ein unbefristetes Verbot für die Nutzung des im Innenhof gelegenen Spielplatzes ausgesprochen hat. Und es macht es auch nicht besser, dass die Sozialhilfe Basel selber davon ausgegangen ist, dass dieses Verbot gar nicht notwendig wäre, da die jungen Menschen den Spielplatz eh nicht nutzen würden und dann das Verbot wieder mit der Zeit aufgehoben werden kann. Das Aussprechen dieses Nutzungsverbots aufgrund besorgter Nachbar*innen, bevor überhaupt Erfahrungswerte bekannt sind, ist im Kern halt eine diskriminierende Vorverurteilung, einzig und allein aufgrund des Asylstatus der jungen Menschen.

Der Vorwurf, dass ein solcher Entscheid von einer unkritischen, unüberlegten, ich würde mal sagen, alltagsrassistischen Haltung geprägt ist, kann nicht ganz von der Hand gewiesen werden, auch wenn ich persönlich dies der Sozialhilfe überhaupt nicht unterstelle und überzeugt bin, dass ganz andere Überlegungen zu diesem Entscheid geführt haben. Aber von der Sozialhilfe unserer Stadt hätte ich eine deutlich andere Positionierung erwartet, eine Positionierung, die den fachlichen Standards der sozialen Arbeit gerecht wird. Anstatt Ängste und Vorurteile, die meiner Meinung nach durchaus ernst zu nehmen sind, mit diesem Verbot zu bestätigen, hätte die Sozialhilfe den Dialog aller Menschen im Quartier und den geflüchteten minderjährigen Menschen weiter begleiten und moderieren sollen und im Gegenteil zum Verbot, Orte der Begegnungen schaffen sollen.

Diese Chance hat man verpasst, obwohl ja mit der Quartiersinformationsveranstaltung ein guter Grundstein gelegt wurde. Auf mögliche Schwierigkeiten sollte immer erst dann reagiert werden, wenn solche auch wirklich bestehen. Dies müsste bekannt sein. Politische strategische Entscheide sind in einem so heiklen Bereich zu vermeiden. Schlussendlich sprechen wir auch nicht Rayonverbote oder Hausverbote präventiv aus, ohne dass es beispielsweise real zu Problemen im öffentlichen Raum gekommen wäre. Regelmässig sprechen wir hier im Grossen Rat über bestehende Stigmas und wie diese abgebaut werden können. Es wäre also wünschenswert, wenn die staatlichen Behörden ebenfalls versuchen, bestehenden Vorurteilen zu begegnen und versuchen, diese abzubauen. Dies wurde hier nach meiner Meinung leider verpasst.

Nun, das Verbot wurde schlussendlich im Sommer 2025 aufgehoben und wir sind froh, dass der Aufenthalt auf dem Spielplatz nicht mehr von vorneherein verboten ist. Es könnte ja durchaus sein, man stellt sich das vielleicht mal vor, dass ein junger Asylsuchender gemeinsam mit einer Familie aus dem Quartier in Kontakt kommt und im Sommer zusammen Tischtennis spielt, das wäre aus Sicht der sozialen Teilhabe und Begegnung von Menschen in dieser Stadt ja ein schönes Bild.

Wir von BastA wünschen uns für die Zukunft, dass solche vorverurteilenden Entscheide nicht mehr vorkommen und dass aus dieser Geschichte die notwendigen Lehren gezogen worden sind, denn es wird in einer engen Stadt immer wieder mal Situationen geben, wo mögliche Nutzungskonflikte bestehen. Wir müssen immer versuchen, im Dialog und in der Begegnung diese zu lösen, bevor ausschliessende Massnahmen getroffen werden. Umso mehr in einer Welt, in der wir tagtäglich den herrschenden Hass und die Ausgrenzung sehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber hat sich als Einzelsprecher gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Als Ein-Thema-Partei muss ich natürlich auch zu diesem Thema reden, relativ sachlich. Ich habe genau zugehört, Frau Mück hat gesagt, es ist nicht gut, wenn sich die Fronten verhärten, das sage ich auch. Ich stelle den



Antrag, dass die Petition nicht abgeschrieben wird, dass die Petition stehen bleibt. Zu Oliver Bolliger, er hat gesagt, dass er das nicht so gut gefunden hat, was die Sozialhilfe gemacht hat. Dazu möchte ich einfach sagen, es ist natürlich so, die Sozialhilfe Basel bekommt auch Rückmeldungen der Bürger, die sagen, wir wollen das nicht und es ist klar, dass die Leute, die dort wohnen, ein bisschen Angst haben, dass dann ihr Haus, das dort steht, an Wert verliert. Ich finde es auch spannend aus meinem Wahlkreis Kleinbasel, dass dann wegen dieser Belastung viele wegziehen von Kleinbasel, nicht nur Bürgerliche, sondern auch SP-Leute, die nach Baselland ziehen.

Ich möchte einfach das einmal zu bedenken geben, es gibt immer zwei Seiten und es ist schön, wenn man sich mit Gleichgesinnten für ein Ziel einsetzt wie die Petition oder die Leute, die das nicht wollen. Ich habe das Zitat so schön gefunden. Es kommt immer öfter vor, dass ich mich frage, was aus diesem Kanton und seinen Menschen geworden ist. Betrachte ich mir das aktuelle Geschehen, dann merke ich oft, dass vieles einfach aus dem Ruder gelaufen ist. Gesunder Menschenverstand ist wichtig und sollte nicht ideologischen Klassenkampf verdrängen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie müssen noch sagen, ob Sie dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung oder zur Stellungnahme überweisen möchten. Zur Stellungnahme. Heidi Mück verzichtet in einer zweiten Runde. Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst an den Regierungsrat zur Stellungnahme, NEIN heisst erledigt.

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 94 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008121, 14.01.26 16:29:02]

Der Grosse Rat beschliesst

als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben die Petition mit 94 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme als erledigt erklärt.

23. Budgetpostulat 1 Johannes Sieber betreffend Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsbeiträge (Halt Gewalt: Umfassende Prävention von häuslicher Gewalt)

[14.01.26 16:29:08, 25.5565.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt hier nur Einzelsprechende, wir haben keine Fraktionsprechenden. Als erstes hat sich Joël Thüring gemeldet.

Joël Thüring (SVP): Ich spreche im Namen der Fraktion trotzdem. Ich werde nicht lange sprechen, aber ich werde gleich zu allen 11 Budgetpostulaten sprechen, denn wir haben uns in der Fraktion mit diesen Budgetpostulaten auseinandergesetzt und haben hier eine sehr klare Haltung. Wir lehnen sämtliche Budgetpostulate ab, auch genauso, wie es der Regierungsrat tut, wie wir ja in der Zwischenzeit auch noch mitbekommen haben, und einfach aus einem ganz prinzipiellen Grund. Aus unserer Sicht ist das Budget 2026 abgeschlossen. Dieser Prozess mit der Budgetierung für den Kanton Basel-Stadt beginnt in der Verwaltung im Frühjahr, es werden Wünsche deponiert, es werden innerhalb der Departemente diese Wünsche diskutiert, dann wird im Gesamtreferenzrat über diese Wünsche diskutiert und irgendwann entscheidet der Regierungsrat als Gremium, wie das Budget 2026 aussehen soll. Danach geht dieses Budget in die parlamentarische Beratung. Es wird der Finanzkommission vorgelegt, die Finanzkommission berät über zwei Monate intensiv über dieses Budget und auch über entsprechende Themen, die dann an diesen Hearings mit den Verantwortlichen der Departemente behandelt werden.



In dieser ganzen Phase ist es möglich, dass die Finanzkommissionsmitglieder, Sie haben das mitbekommen auch im Rahmen der Budgetdebatte im Dezember 2025 zum Budget 2026, Anträge stellen können zu Veränderungen an diesem Budget 2026. Einerseits Anträge zur Streichung von gewissen «Wünschen», die innerhalb der Verwaltung oder des Regierungsrates bestehen, und aber auch Anträge zu Mehrausgaben. In der Finanzkommission sind mit Ausnahme der BastA alle Fraktionen vertreten, ich würde sogar behaupten, ausreichend vertreten. In dieser Phase können Wünsche, Anträge formuliert werden, sie können diskutiert werden, sie werden von der Regierung, von der Verwaltung auch behandelt, beantwortet und dann gibt es je nachdem Mehrheitsentscheide oder auch einstimmige Entscheide, bis dann das Budget im 2026 hier in diesem hohen Hause letztlich fertig behandelt und beschlossen wird.

Dann haben wir aus meiner Sicht, aus Sicht der SVP-Fraktion, das Budget 2026 eigentlich abgeschlossen. Und nun, wenn Sie diese elf Budgetpostulate anschauen, und ich bin jetzt doch schon einige Jahre in diesem Parlament, dann müssen wir feststellen, es werden a) immer wie mehr Budgetpostulate und b), wenn Sie dann diese einzelnen Postulate etwas genauer anschauen, dann muss ich schon sagen, und das ist jetzt meine persönliche Meinung, befinden wir uns im absoluten Mikromanagement. Wir behandeln hier heute Anträge von 10'000 Franken bis zu 10 Millionen und teilweise gehen diese Anträge in eine Detaillierung hinein, dass man dann sogar noch im Antrag, wenn man den Betrag begründen möchte, festschreibt, wie viel der externe Berater kosten darf und dort ist dann auch noch die Anfahrtspauschale, die er in Rechnung stellen kann, auch gleich noch drin. Also da machen Sie dann nicht nur die Arbeit des Regierungsrates, sondern auch gleich noch der wahrscheinlich innerhalb des Projekts dann wirklich wichtigsten Person des Sachbearbeiters. Sie haben dann Anträge für Kleinigkeiten, und ich möchte das nicht werten, von 10'000 Franken, die wir der Meinung sind, wenn der Regierungsrat es für notwendig erachtet, in einem Projekt, in einem Programm entsprechende Gelder noch aufzuwerfen, dann können diese im Rahmen des ordentlichen Budgets, das eine Dienststelle, ein Departement hat, auch abgerufen werden. Es erscheint uns nicht für sinnvoll, wenn nun der Grosse Rat hier in dieses Klein-Klein hineingeht und quasi den Regierungsrat im Januar mit Budgetpostulaten, zu denen er ja dann wieder Stellung nehmen muss, die wir noch einmal dann auch in irgendeiner Form hier behandeln werden, noch einmal mit dem Budget 2026 beschäftigen lässt. Das, glauben wir, ist nicht die Aufgabe des Parlamentes. Dieser Prozess hätte frühzeitiger beginnen können, indem Sie Ihren Mitgliedern in der Finanzkommission auch diese Wünsche mit auf den Weg geben und dann können diese Themen und diese Wünsche auch entsprechend diskutiert werden.

Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, alle diese elf Budgetpostulate abzulehnen. Aus unserer Sicht sind zehn dieser elf Budgetpostulate im Rahmen der Budgetbehandlung 2026 möglich bereits zum Behandeln gewesen. Das elfte Budgetpostulat, diese 10 Mio. Franken für den Nachtzug nach Malmö, erscheint uns insbesondere deshalb für etwas schwierig, weil die SBB ja selber gesagt hat, selbst wenn Sie diese Gelder sprechen werden, es wird kein Nachtzug nach Malmö fahren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Johannes Sieber hat sich gemeldet.

Johannes Sieber (GLP): Ich habe eine gute Nachricht und ich habe eine schlechte Nachricht. Die gute zuerst, ihr seid nicht alleine. Die Sorte Männer, die in heterosexuellen Beziehungen ihre Frauen schlägt, die Sorte Männer schlägt in homosexuellen Beziehungen auch ihre Männer. Ich kenne sie, besser die Opfer. Ich habe zerschlagene Freunde auf Polizeiposten begleitet, dort, wo uns heute noch gesagt wird, ihr seid doch Manns genug, euch selber zu wehren. Ich kenne die betroffenen Freunde, die Nächte auf meinem Sofa verbrachten, weil uns die sicheren Zufluchtsorte fehlen. Ich kenne die Tragödien, ich kenne sie aus eigener Erfahrung, aus einer Beziehung geprägt von Abhängigkeit, Machtgefälle und Ausbeutung. Die Sorte Männer, die in heterosexuellen Beziehungen ihre Frauen unterdrückt, die Sorte Männer, die unterdrückt in homosexuellen Beziehungen auch ihre Männer.

Und das ist gleichzeitig die schlechte Nachricht. Die Exklusivität mit den Opferrollen, Zufluchtsorte und Präventionskampagnen für ein einziges Geschlecht beansprucht werden, diese Exklusivität hat nicht nur Schlagseite, diese Exklusivität macht Gewalt an queeren Menschen unsichtbar. Ja, sie negiert sie. Richtig ist, Frauen sind zahlenmässig mehr und das ist auch ihr Vorteil in der politischen Lobby. Prozentual aber dürfte sich die Gewalt die Waage halten. Studien gibt es kaum. Interesse, das fehlt. Viele wollen gar nicht erst wissen, was ich hier vortrage. Frauen nicht, Männer schon gar nicht. Und selbst die queere Community, in der ist die Beziehungsgewalt ein Tabu. Das hat schwerwiegende Folgen für unsere Gesundheit und auch für das staatliche Handeln. Wer von Ihnen denkt an ein Beziehungsdelikt, wenn ein Mann einen anderen Mann erschlägt? Genau, die Ermittlungsbehörden tun es auch nicht.

Wie auch? Schwule Beziehungen sind oft nicht erkennbar, sie sind absichtlich nicht erkennbar. Unsere Beziehungen landen als ganz normales Gewaltdelikt in der Akte. Geht es um Geld, dann war es ein Streit um Schulden. Liegt am Tatort etwas Koks herum, liegt genauso nahe das Drogendelikt. Ist Sex im Spiel, wird es wohl Prostitution gewesen sein. Geld, Drogen, Prostitution, dort wird Gewalt zwischen Männern verortet. Dass Männer sich lieben oder liebten, das ist offenkundig jenseits des Denkbaren. Das ist so wahr wie traurig und es ist auch eine Folge des Narrativs, die Männlichkeit im Bösen verortet. Ein Mann ist kein Opfer, darin herrscht Einigkeit im Patriarchat und unter vieler jener, die angeben, es zu bekämpfen. Doch wer



Geschlecht und Sexualität differenziert denkt, weiss, der Handlungsbedarf ist grösser als angenommen. Das steht sogar zumindest theoretisch im JSSK-Bericht zum Projekt Halt Gewalt.

Doch wissen Sie, Sie erreichen uns nicht mit Kampagnen wie 16 Tage Gewalt an Frauen. An Ihren Quartiertreffpunkten, da sind wir nicht. Unsere Netzwerke, sie funktionieren anders. Das muss man nicht nur wissen, es gilt auch, danach zu handeln. Ich spreche aus 20 Jahren Community-Arbeit in dieser Stadt. Wir organisieren uns, wir bauen die Netzwerke, wir leisten die Unterstützung, wir sorgen für die Zufluchtsorte, wir tragen unsere Eigenverantwortung. Doch es braucht hier den politischen Willen der Mehrheitsgesellschaft, damit unser ehrenamtliches Engagement mit dem des Kantons verknüpft ist, denn gemeinsam sind wir besser.

Genau darum geht es in diesem Budgetpostulat. Neben den zehn Quartiertreffpunkten soll die queere Community als elfter Netzwerkpunkt berücksichtigt werden, ebenfalls mit 10'000 Franken pro Jahr, um die Expertise und die Erfahrung der engagierten Zivilgesellschaft für die Weiterentwicklung von Halt Gewalt in der Regelstruktur zu gewinnen und ihre Netzwerke zu nutzen. Ich danke für die Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Wie mein Kollege Joël Thüring möchte ich auf einer grundsätzlichen Ebene bleiben, auf einer grundsätzlich finanzpolitischen Ebene und ich spreche in meinem Votum entsprechend gleich für alle 11 Budgetpostulate zusammen. Die FDP lehnt alle Budgetpostulate aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Von uns kommt auch keines, um eine Anmerkung der Finanzdirektorin von heute Vormittag aufzunehmen, wir sind da konsequent.

Nachdem in der Budgetdebatte im Dezember alle Zusatzausgaben angenommen wurden und alle Kürzungsanträge abgelehnt wurden, sehen wir keinen Grund, die Ausgaben noch weiter ansteigen zu lassen, sie sind bereits auf Rekordniveau. Wir halten die Budgetpostulate zum Teil auch für sehr unausgereift, so beispielsweise das Budgetpostulat zu den Nachtzügen. Nachdem das Bundesparlament die Gelder hierfür abgelehnt hat, soll einfach der Kanton Basel-Stadt einspringen und den ganzen Betrag übernehmen. Keine Absprachen mit anderen Städten, um sich die Kosten aufzuteilen, diese Haltung, Basel hat Geld wie Heu, dann zahlen wir das halt selbst, ist für uns keine finanzpolitisch gesunde Haltung. Ich will die Budgetdebatte von Dezember nicht neu lancieren und verzichte deshalb darauf, die Ausführungen meines Ratskollegen Daniel Seiler zu wiederholen, sie gelten unverändert. Aber so viel möchte ich schon festhalten, in der Summe würde die Annahme all dieser Budgetpostulate bedeuten, dass wir statt einem kleinen Überschuss von 8 Mio. Franken mit einem Defizit budgetieren würden. Die FDP hat es mehrmals deutlich gesagt, wir wollen kein Budget mit einem Defizit.

Ohnehin ist dieser Überschuss zu relativieren. Das Betriebsergebnis liegt bei minus 273 Mio. Franken. Das Finanzergebnis liegt bei plus 281 Mio. Franken. Mit anderen Worten, der einzige Grund, weshalb wir nicht schon längst tief in den roten Zahlen stecken, ist das Finanzergebnis. Und was ist das Finanzergebnis? Das ist unter anderem die Rendite aus den Liegenschaften im Finanzvermögen. Dies an die Adresse derjenigen, die behaupten, der Kanton müsse auf seinen Liegenschaften keine Rendite erzielen. Und das sind unter anderem die Gewinne, also die Profite von Unternehmen mit Beteiligung des Kantons, also beispielsweise der Basler Kantonalbank. Damit Sie sich das gut merken können, erlaube ich mir, Ihnen das in Reimform vorzutragen. Ohne Rendite und Profite hagelt es hier drin Defizite. Es ist überfällig, dass wir beim Ausgabenwachstum endlich beginnen, Mass zu halten. Der beste Tag dafür war gestern, der zweitbeste Tag dafür ist heute.

Ich beantrage Ihnen deshalb namens der FDP, alle Budgetpostulate abzulehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Lea Wirz ist die nächste Sprecherin.

Lea Wirz (GRÜNE/jgb): Wir begrüssen die Verstetigung von Halt Gewalt sehr. Die Verankerung in Regelstrukturen ist für uns ein wichtiger und auch überfälliger Schritt, beinahe schon. Die Ansiedlung bei den Quartiertreffpunkten scheint uns sinnvoll. Sie erreichen eine breite Bevölkerungsschicht auf niederschwellige Art und Weise und können als vielfältige Anlaufstelle bei Fragen dienen, Informationen bereitstellen und die Bevölkerung sensibilisieren. Im Bereich der häuslichen Gewalt ist dies besonders wichtig. Häusliche Gewalt bleibt oft und meistens lange im Verborgenen. Auch der Ausstieg daraus ist für Betroffene sehr schwierig, denn es bestehen in der Regel Beziehungen zu den Tätern, die selbstverständlich mit Emotionen, Träumen und Hoffnungen einhergehen oder einhergegangen sind. Diese loszulassen, fällt nicht leicht. Hinzu können finanzielle Abhängigkeiten kommen und auch Scham über die Gewalt oder das eigene Unvermögen, sich daraus zu befreien. Auch Angst vor Einsamkeit, Überforderung oder einer Gewalteskalation kann ein gewichtiger Grund sein, weshalb Partner*innen in gewalttätigen Beziehungen verbleiben.



Wir sind der Meinung, dass über die Quartiertreffpunkte eine grosse Bevölkerungsgruppe angesprochen werden kann. Aus meiner Sicht suggeriert das Budgetpostulat etwas, dass queere Personen sich dort überhaupt nicht angesprochen fühlen würden. Dem möchte ich entgegen, dass sich sicher nicht alle Menschen dort angesprochen fühlen, aber ich in meinem Umfeld durchaus auch queere Personen habe, die sich dort engagieren. Nichtsdestotrotz finden wir in der Fraktion es aber wichtig, dass häusliche Gewalt möglichst breit und divers adressiert wird und es auch für queere Personen entsprechende Informationen und Anlaufstellen gibt, die die spezifischen Bedürfnisse und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anerkennen und adressieren.

Wir unterstützen daher das Budgetpostulat im Sinne einer breiten Allianz gegen häusliche Gewalt, die möglichst viele Gewaltbetroffene erreicht. Der Betrag von zusätzlich 10'000 Franken pro Jahr scheint uns dafür sinnvoll investiert. Uns ist wichtig, dass damit keine Parallelstrukturen geschaffen oder gefördert werden, sondern dass es eine Koordination, einen Austausch von Wissen zwischen den verschiedenen Stellen gibt, die sich im Bereich der häuslichen Gewalt engagieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Olivier Battaglia.

Olivier Battaglia (LDP): Die LDP-Fraktion steht konsequent für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik und die Einhaltung des ordentlichen Budgetprozesses. Daher lehnen wir die heute vorliegenden Budgetpostulate allesamt ab. Nicht, weil uns die Anliegen per se fremd sind, viele dieser Themen sind durchaus wichtig, sondern weil das Budgetpostulat das falsche Instrument ist, um operative Aufgaben zu steuern oder langfristige Verpflichtungen am ordentlichen Prozess vorbei einzugehen. Viele dieser Forderungen sind bereits in bestehenden Strukturen abgebildet oder werden durch bevorstehende Verhandlungen abgedeckt. Ein wesentlicher Punkt für uns als Liberale ist die Förderung von Eigenverantwortung und zivilgesellschaftlichem Engagement. Zahlreiche der vorliegenden Projekte stützen sich dabei auf diese Prinzipien und wir sind der Meinung, dass wir nicht voreilig durch staatliche Zuschüsse und Giesskannenbeiträge eingreifen sollten, um das Engagement von Privatpersonen und Organisationen zu ersetzen.

Betrachten wir die Details in der Justiz und Sicherheit. Beim Projekt Halt Gewalt wurde die Prävention bereits in Regelstrukturen überführt und um zehn Quartiertreffpunkte erweitert. Für die queere Community können und sollten bestehende Netzwerke genutzt werden, anstatt isoliert neue Mittel zu sprechen. Die Förderung nach einer zusätzlichen Stelle für die Fachgruppe Menschenhandel mag inhaltlich begründet sein, doch solche personellen Erweiterungen sollten im ordentlichen Stellenplan der Staatsanwaltschaft verankert werden und nicht in einem Budgetpostulat. Bei der Erziehung, bei den Schullagern ist die gesetzliche Vorgabe nach dem Bundesgericht bereits umgesetzt. Eltern zahlen heute lediglich die reinen Einsparungen für die Verpflegung. Auch zum Beispiel bei der Naturpädagogik sehen wir, dass das Amt für Wald und Wild bereits aus eigener Initiative Mittel aufgestockt hat und das Angebot massgeblich durch Stiftungen und das Naturforum Regio Basel mitgetragen wird.

Private Initiativen stärken, besonders deutlich wird der Wert des privaten Engagements beim Verein oink oink Productions, wo Lagerbetreuung durch Freiwillige geleistet wird und die Finanzierung durch Catering, Fundraising und durch die Christoph Merian Stiftung gestützt wird. Da Neuverhandlungen für 2026 anstehen, ist eine Überbrückung per Postulat der falsche Weg. Ähnliches gilt für die Spielbaracke im Giesslipark. Hier führen Eltern aus der Nachbarschaft die Spielgruppe und der Verein Robi-Spiel-Aktionen sucht bereits aktiv nach weiteren privaten Finanzierungsquellen. Da die zuständigen Dienststellen dem Projekt zudem positiv gegenüberstehen, darf es keinen politischen Eingriff in die administrative Planung geben. Anträge, wie die für die Quartiertreffpunkte Breite, Wettstein und Lohler oder Kulturlegi ignorieren, dass die Regierung bereits auf die nächste Startperiode ab 2028 bzw. das neue Kulturleitbild 2026 bis 2031 verwiesen hat. Wir dürfen diesen Rhythmus nicht durch ad hoc Budgeterhöhungen untergraben.

Bei der Verhältnismässigkeit wurde schon bereits angesprochen, ein Betrag über 10 Mio. Franken für einen Nachtzug nach Malmö ist finanzpolitisch schlicht nicht vertretbar, obwohl meine Tochter in Stockholm wohnt und ich das durchaus verstehen könnte. Nachdem der Bund die Förderung eingestellt hat, ein einzelner Kanton kann keine internationale Bahnverbindung dieser Grössenordnung im Alleingang subventionieren. Auch beim Therapiebad Felix Platter handelt es sich um eine betriebliche Entscheidung der Klinikleitung, in der wir nicht politisch eingreifen sollten, so wertvoll das Angebot auch für Partner wie Pro Senectute auch sein kann.

Zusammenfassend, wir betrachten diese Anträge als Anregungen für das nächste ordentliche Budget, aber nicht als Anlass, den Finanzplan aufzuschnüren und unser finanzielles Gleichgewicht zu wahren. Stellen Sie sich das Budget wie einen Nachbarschaftsgarten vor. Der Staat stellt das Grundstück und die Wasseranschlüsse bereit. Das ist die Basisfinanzierung. Aber die eigentliche Vielfalt und Pracht des Gartens entsteht dadurch, dass die Bürger ihre eigenen Setzlinge setzen und gemeinsam jäten. Wenn der Staat nun beginnt, jede Pflanze einzeln vorzuschreiben und zu finanzieren, verlieren wir nicht nur die Eigeninitiative der Gärtner, sondern überlasten auch den Boden oder in unserem Fall dem Steuerzahlenden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, alle Budgetpostulate abzulehnen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Jessica Brandenburger.

Jessica Brandenburger (SP): Bevor ich zum Inhaltlichen komme, auch etwas Generelles. Für uns ist es nicht ganz nachvollziehbar, dass Leute, die im Dezember für eine allgemeine Kürzung über 90 Millionen Ja gesagt haben, jetzt Budgetpostulate einreichen. Wir finden, es ist nicht stringent, weil entweder möchte man sparen oder man möchte mehr Geld ausgeben, aber beides gleichzeitig, das ist schon eine sehr flexible Haltung, die Sie mir dann gerne noch erklären dürfen.

Dann zum Inhaltlichen, die SP unterstützt dieses erste Budgetpostulat nicht. Wir haben im Dezember darüber abgestimmt, wie wir Halt Gewalt in die Regelstruktur überführen wollen. Das ist einen Monat her und noch einmal ein Monat vorher war es in der JSSK, in der vorberatenden Kommission und wir finden, die Kommission oder dann hier im Plenum, das ist der Ort, wo man Änderungsanträge stellen kann. Wenn man dann einen Monat später kommt und sagt, nein, wartet, ich habe doch noch eine viel bessere Idee, das finden wir nicht gut. Wenn wir so anfangen, dann können wir ja jedes Geschäft, das wir hier entscheiden, einen Monat später wieder ändern und wir glauben, dass das nicht die richtige Art ist, wie wir hier drin zusammenarbeiten sollen.

Wir finden, dass das Projekt, so wie wir es im Dezember besprochen haben, gut aufgegleist ist. Die Quartierorganisationen, das ist genau der richtige Ort, wo dieses Projekt angesiedelt werden soll. Ich weiss nicht, ob Sie sich noch an den SVP-Sprecher erinnern können, als wir über Halt Gewalt geredet haben. Er hat gesagt, dass wir eben alle Opfer mitdenken sollen, dass es in allen Beziehungen Gewalt gibt, und das möchte ich hier nochmals unterstreichen, das sehen wir auch so. Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und es muss auch so angegangen werden und genau das tun ja die Quartierorganisationen. Darum möchten wir dieses Budgetpostulat nicht unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Franziska Stier als nächste Sprecherin.

Franziska Stier (BastA): Wie meine Vorredner*innen betont haben, häusliche Gewalt bzw. Partner*innenschaftsgewalt ist ein gravierendes gesellschaftliches Problem und vermutlich haben Sie alle in Ihren Familien-, Bekannten- oder Freund*innenkreis Menschen, die solche Erfahrungen gemacht haben. Wenn wir von häuslicher Gewalt sprechen, und auch das wurde bereits gesagt, denken wir zumeist an körperliche Gewalt und an ein klassisches Täter-Opfer-Bild. Doch die Realität ist deutlich vielschichtiger. Partner*innenschaftsgewalt hat viele Formen und kann auch finanziell, psychisch, emotional, sozial und kontrollierend sein, durch Einschüchterung, Isolation, Manipulation oder eben ständige Abwertung. Diese Formen sind weniger sichtbar, aber nicht weniger verletzend und oft viel schwerer zu erkennen.

Und wie das Budgetpostulat deutlich macht, betrifft häusliche Gewalt nicht nur heterosexuelle Beziehungen, sie existiert eben auch in queeren Partner*innenschaften. Die meisten queeren Menschen, die ich kenne, sind sehr gut über Formen von Gewalt informiert, da sie auch täglich die Folgen dieser Gesellschaft und dieser oft sehr gewaltvollen Gesellschaft spüren. Doch das ändert nichts daran, dass Anlaufstellen und Schutz fehlen oder für sie schwer erreichbar wirken. Betroffene leben nicht immer im gemeinsamen Haushalt, manche Beziehungen sind nicht geoutet und die Hemmschwelle, Hilfe zu suchen, ist hoch. Schliesslich kann die Thematisierung von Partner*innenschaftsgewalt auch zu einem Zwangs-Outing führen. Ein Schutzraum, der anerkennt, dass es diese speziellen Schutzstrukturen braucht und dass es eine Gleichzeitigkeit von Gewalterfahrung und Gewaltausübung geben kann, erscheint uns daher nötig.

Die bestehenden Präventions- und Unterstützungsangebote sind wichtig und richtig. Noch können wir nicht sagen, ob und wie die Quartiertreffpunkte auch Gewalt in queeren Kontexten bearbeiten werden. In jedem Fall erscheint es uns aber sinnvoll, zusätzlich Anlaufstellen für queere Paare oder queere Menschen zu ermöglichen und allein mit Blick auf Zielgruppenansprache erscheint uns eine peerbasierte Präventionskampagne als Ergänzung sinnvoll. Häusliche Gewalt ist zwar immer ein patriarchales Problem, es geht um Besitzansprüche, um Kontrolle und um Macht, aber es ist eben nicht immer sinnvoll, alle Betroffenen über einen Zugang zu adressieren. Mit den vergleichsweise bescheidenen 10'000 Franken können queere Netzwerke zur Sensibilisierung genutzt und gestärkt werden. Prävention bedeutet eben hinzusehen, nachzufragen, bevor Gewalt passiert und sie bedeutet, alle Betroffenen mitzudenken und niemanden auszuschliessen. Darum unterstützt die Fraktion BastA dieses Budgetpostulat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Regierungsrätin Stephanie Eymann hat das Wort.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank für die vielen Voten. Da ich das erste Budgetpostulat beantworten darf, möchte ich zuerst ein grundsätzliches Statement machen. Wir haben es verschiedentlich gehört, Budgetpostulate behandelt der Regierungsrat sehr zurückhaltend, wir sind in aller Regel ablehnend dem gegenüber, genau aus diesen



finanzpolitischen Gründen, dass wir den Budgetprozess haben, das Budget wohl ausgewogen dann präsentieren und dementsprechend dann eben auch der Meinung sind, das Budget ist jetzt so gemacht für diese Periode. Wir wissen auch, der Budgetprozess wiederholt sich jedes Jahr wieder und dementsprechend gibt es auch wieder die Gelegenheit, neue Vorhaben auch aufzunehmen.

Ich möchte dennoch jetzt gerade auch aufgrund der doch sehr inhaltlichen Diskussion Stellung nehmen zu diesem Budgetpostulat und ich möchte in keiner Weise negieren, dass sexualisierte und eben auch Paargewalt auch in homosexuellen Beziehungen vorkommt und die Dunkelziffer sehr hoch sein dürfte. Herr Sieber, Sie haben ausgeführt, was die Gründe dahinter sein könnten. Psychische und physische Gewalt macht keinen Halt vor Geschlechtern, ja, und auch Männer sind Opfer. Hier liegt der Fokus aber woanders. Sie, Herr Sieber, wollen 10'000 Franken mehr für diese Quartierarbeitsüberführung Halt Gewalt, damit wir das queere Thema und das homosexuelle Thema auch abdecken in einem. Da übersehen Sie etwas, es geht hier um die Überführung dieses spezifischen Halt Gewalt-Projekts. Das haben wir ein paar Jahre jetzt geführt, wir haben es mit den Quartiervereinen, aber auch mit der Verwaltung zusammen aufgebaut. Wir haben es auch am Schluss evaluiert und wir haben hier einen Fokus auf heterosexuelle Paare gesetzt. Wir haben gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, auch homosexuelle Paarbeziehungen aufzunehmen, aber jetzt ist der Fokus, so wie er gesetzt ist, da. Wir haben es in die Regelstruktur überführt und das ist der Grund, warum wir jetzt gesagt haben, es ist nicht der Moment, dieses Projekt noch einfach um 10'000 zu erweitern.

Ich gebe Ihnen recht, Herr Sieber, dass wir das Thema sehr ernst nehmen müssen und wir müssen Hilfsangebote entweder schaffen oder wir müssen sie ausbauen, wir müssen sie bekannter machen, da bin ich ganz einverstanden mit Ihnen. Aber ich bin nicht einverstanden, dass es jetzt hilft, einfach 10'000 Franken in ein eigentlich abgeschlossenes Projekt reinzutun und zu sagen, das muss jetzt einfach auch noch gemacht werden. Ich bin der Meinung, wir müssten das seriöser angehen, wir müssten, was Sie auch gesagt haben, die Community abholen, auch schauen, wie kommen wir an genau diese Klientel heran. Also es ist auch ein Teil des Projekts gewesen, bei Halt Gewalt zu schauen, wie kommen wir überhaupt an die Fälle heran, die wir dann präventiv da auch entgegenwirken können.

Ich erachte es als wirklich besser, wenn wir dieses Thema mitnehmen. Ich bin inhaltlich einverstanden, dass es wichtig ist, aber dass wir uns doch auch die Zeit nehmen, hier den Fokus zu setzen, auch mit meiner Gewalt- und Opferhilfestelle das anzuschauen und dann zu überführen in ein ordentliches Budget respektive auch, dass ich die Chance habe, auch mit einem ordentlichen Ratschlag oder was es auch immer ist, zu diesem Themenbereich auch hier vorstellig zu werden. Das ist eigentlich der Grund, also nicht wirklich die inhaltliche Ablehnung des Themas, sondern wirklich mehr der Prozess jetzt, und das auf ein Projekt, das eigentlich abgeschlossen ist, noch zu erweitern. Einfach dies zu Ihrer Erläuterung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Weber hat sich gemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ganz kurz, ich bin wie Olivier Battaglia dafür, er hat gut geredet, alle Anträge abzulehnen. Olivier Battaglia hat richtig gesagt, Eigeninitiative ist verlangt. Bei Frau Franziska Stier oder allgemein, auch bei den anderen Rednern teilweise, wir drehen uns im Kreis, wir haben quasi jeden Monat ähnliche Themen. Und wenn dann angesprochen wird, queere Menschen kann es schon geben, dann muss ich einfach sagen, das mit queeren Menschen, das sind Minderheiten, die eine Mehrheit quasi ständig angehen, ich sage es jetzt mal freundlich, das sind Minderheiten und das ist keine Mehrheit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Herr Sieber hat das Schlusswort.

Johannes Sieber (GLP): Danke für die Diskussion, damit ist eigentlich das Ziel schon erreicht. Für mich war das eine wichtige Diskussion und es war auch wichtig zu erfahren, wie die Positionen der Parteien sind und da habe ich einiges erfahren heute. Zu Joël Thüring und Luca Urgese und auch ein Stück weit zur LDP. Ich kann verstehen, dass Sie das grundsätzlich nicht gut finden, wenn wir mit Budgetpostulaten hier antanzen. Es ist aber gleichzeitig so, dass Budgetpostulate schlichtweg ein parlamentarisches Instrument sind, das man wahrnehmen kann und das in gewissen Momenten auch Sinn macht und für mich macht es hier heute Sinn. Deswegen habe ich das auch eingereicht.

Der wichtige Konflikt, den ich irgendwie nicht gelöst habe in der Diskussion, ist die Sache mit den Parallelstrukturen. Also einerseits macht Lea Wirz darauf aufmerksam, dass man keine solche will, da bin ich sehr einverstanden, das will man nicht, auf der anderen Seite höre ich jetzt von der Regierungsrätin, dass man jetzt das mal so für die heterosexuellen Menschen machen will und dann irgendwo zusätzlich für die queeren Menschen aktiv werden will. Das ist völlig unnötig. Also ich verstehe auch nicht, warum die JSD sich überlegen muss, wie man diese Leute erreicht. Das ist ja genau das, was ich hier anbiete eigentlich. Die aktive ehrenamtliche Zivilgesellschaft, die erreicht diese Leute. Unsere Party-Veranstalter haben



eigene Care-Programme. Da gibt es Poster mit QR-Code, mit Links, wo sie sich melden können, wenn sie Drogenprobleme haben, wenn sie Probleme mit Gewalt haben, das wird abgeholt. Es ist ein Knopfdruck, diese Community, dieses ehrenamtliche Engagement an diese Regelstruktur anzubinden. Das wäre kein Problem. Und da verstehe ich jetzt nicht, will man eine Parallelgesellschaft, Parallelstrukturen aufbauen oder will man das in einem Wisch bearbeiten. Da bin ich irgendwie nicht genau schlau geworden aus der Diskussion und ich bin eigentlich der Meinung, dass Gewalt nicht von Geschlecht und sexueller Orientierung abhängen sollte, sondern dass wir das Problem eigentlich gemeinsam angehen sollten.

Dann finde ich halt, dieser Vorschlag ist ein cleveres Stück Gleichstellungspolitik und diese Thematik häusliche Gewalt in queeren Beziehungen, die wird kommen und die wird nochmals kommen. Und da verstehe ich die bürgerliche Seite nicht ganz. Jetzt könnten wir für 10'000 Franken im Jahr das Problem einmal wo verorten und da auch bearbeiten und schauen, wie weit kommen wir. Die Alternative ist eine Motion. Dann bekommt Stephanie Eymann etwas zu tun, eine Studie, dann kommt der Ratschlag, dann kommt die neue Stelle bei der Abteilung Gleichstellung oder beim JSD eine extra Beauftragte und dann eine Sachmittelgeschichte und dann wird das richtig teuer. Und ich sage Ihnen, wenn Sie das nicht anders wollen, dann können Sie das so haben. Mir fehlt kein Zacken aus der Krone, die SP zu unterstützen bei einem solchen Vorstoss, ich würde das sofort machen. Und wenn das Headcounts und Sachmittel bedeutet, ich würde das unterstützen, wenn Sie dieses Angebot nicht annehmen wollen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 62 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008123, 14.01.26 17:06:12]

Der Grosse Rat beschliesst

Das Budgetpostulat nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 62 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen.

24. Budgetpostulat 2 Christoph Hochuli für Justiz-, Sicherheitsdepartement, Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei, Personalaufwand (Vollzeitstelle Fachgruppe Menschenhandel)

[14.01.26 17:06:17, 25.5566.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Eingetragen hat sich Joël Thüring als erster Sprecher.

Joël Thüring (SVP): Ich werde jetzt bei jedem Budgetpostulat elfmal dasselbe erzählen. Nein, keine Sorge. Ich möchte hier einfach, weil wir in der Grundsatzdebatte sind, noch einmal auf die Absurdität dieser Budgetpostulate hinweisen. Es tut mir leid, dass jetzt das Sie trifft, Herr Hochuli, aber das ist jetzt ein perfektes Beispiel, weshalb dieses Mittel dafür jetzt einfach zu spät und ungeeignet ist. Sie haben ein Budgetpostulat eingereicht für eine zusätzliche Stelle. Der Regierungsrat wird über dieses Budgetpostulat, sollte es überwiesen werden, im April wieder in diesem Parlament berichten müssen. Das heisst, bis



zum April kann diese Stelle noch überhaupt nicht besetzt werden. Dann müssen Sie ja, wenn der Grosse Rat beschlossen hat, irgendwann mit dem Rekrutierungsprozess beginnen. Der beginnt auch nicht von heute auf morgen. Es ist jetzt auch nicht so, dass alle Stellen beim Kanton gleich am Tag eins bereits besetzt sind, es braucht ja auch eine gewisse Zeit, um einen solchen Prozess der Stellensuche aufzugleisen. Das heisst, eine solche Stelle wird, wenn überhaupt, frühestens im Herbst 2026 besetzt werden können. Und da zeigt sich, dass dieses Instrument des Budgetpostulats gerade dann, wenn es sogar noch um Stellen geht, um eine Headcount-Erhöhung eben nicht sehr geeignet scheint.

Hier wäre jetzt an Ihrer Stelle, ich muss Ihnen ja keine Beratungsdienstleistungen anbieten, aber hier wäre jetzt zum Beispiel fast sinnvoller gewesen, Sie hätten ein Vorgezogenes Budgetpostulat eingereicht. Das wird im nächsten Monat behandelt, im Februar 2026 und würde sich dann auf das Budget 2027 beziehen und dann hätte der Regierungsrat im Wissen des Beschlusses des Grossen Rates zu dieser zusätzlichen Stelle die Möglichkeit, dies im ordentlichen Budgetprozess für das Jahr 2027 einzubauen. Was will ich damit sagen, Sie würden damit wahrscheinlich gar nicht so viel mehr an Zeit verlieren, Sie hätten wahrscheinlich das Ziel genauso erreicht oder auch nicht erreicht, das ist dann wieder die Abhängigkeit des Entscheides des Grossen Rates und das ist genau deshalb, weshalb wir auch eben dieses Budgetpostulat, und ich spreche nachher zu den restlichen neun nicht mehr vermutlich, ablehnen werden, weil es hier gerade auch bei einer Headcount-Erhöhung eben tatsächlich so ist, dass es nicht geeignet ist, hier ein Budgetpostulat für ein Budget, das bereits beschlossen worden ist, einzureichen.

Ich bitte Sie deshalb auch hier im Namen meiner Fraktion mit diesen zusätzlichen Erwägungen, die auch sehr grundsätzlich sind, dieses Postulat Hochuli nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Christoph Hochuli ist der nächste Sprecher.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Wie Sie bestimmt wissen, ist Menschenhandel ein typisches Hohldelikt, denn es gibt kaum Anzeigen. Die Ermittlungen in Strafverfahren wegen Menschenhandel sind sehr komplex, personal- und zeitintensiv, insbesondere, weil die Delikte meistens grenzüberschreitend stattfinden. Ein Problem ist auch oft die sehr geringe Aussagebereitschaft der Opfer. Ohne valide Opferaussagen kann jedoch ein Verfahren in der Regel nicht abgeschlossen werden. Die Fachgruppe Menschenhandel der Kriminalpolizei, die zur Staatsanwaltschaft gehört, ist zurzeit personell sehr schwach aufgestellt und hat zu wenig Ressourcen, um allen Verdachtsmeldungen nachzugehen und die Ermittlungen in den Strafverfahren in der notwendigen Intensität voranzutreiben. So kann sie nur wenige Strafverfahren führen, welche zu einer Anklage und schliesslich zu einer Verurteilung der Täterschaft führen. Deshalb benötigt die Fachgruppe Menschenhandel dringend Verstärkung und soll mit diesem Budgetpostulat eine zusätzliche Vollzeitstelle erhalten, denn von den sechs zusätzlichen Stellen, die wir mit dem Budget 2026 für die ganze Staatsanwaltschaft gesprochen haben, wird die Fachgruppe Menschenhandel nicht profitieren.

Ganz klar, mein Budgetpostulat ist nur für das Jahr 2026, wie Joël Thüring das richtig erläutert hat, und es braucht eine längerfristige Aufstockung der personellen Ressourcen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Deshalb bin ich am Schreiben einer Motion, damit im Rahmen des Projekts ReoS, also der Überführung der Kriminalpolizei von der Staatsanwaltschaft in die Kantonspolizei, die personelle Aufstockung im Bereich Menschenhandel mitgeplant wird. Ich bitte Sie deshalb, später meine Motion und heute dieses wichtige Budgetpostulat zur Bekämpfung des Menschenhandels an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Nicola Goepfert.

Nicola Goepfert (BastA): Ja, Menschenhandel gibt es auch in Basel und es wird aus Sicht von BastA zu wenig dagegen unternommen. Wir teilen auch die Einschätzung, dass es zu wenig personelle Ressourcen gibt, die darauf verwendet werden, Menschenhandel konsequent anzugehen. Wie viele Ressourcen bei der Staatsanwaltschaft dorthin fliessen, ist aber auch ein Entscheid der Leitung. Christoph Hochuli und ich pflegen einen guten Austausch zum Thema Menschenhandel und ich bin gerne dabei, einen anfälligen Vorstoss weiterzuverfolgen und auch zu unterstützen. Wir finden es grundsätzlich wichtig, dass Menschenhandel in Basel-Stadt stärker angegangen wird und die entsprechenden Stellen auch personell gestärkt werden. Trotzdem lehnen wir das vorliegende Budgetpostulat aus folgenden Gründen ab:

Solange die Leitung der Staatsanwaltschaft Menschenhandel nicht konsequent angehen will und nicht wirklich einen Schwerpunkt darauf legt, bringt eine zusätzliche Vollzeitstelle wenig. Und falls sie doch diesen Schwerpunkt so setzen würde, dann bräuhete es wohl deutlich mehr Personal als diese eine Stelle, die hier gefordert wird.

Wenn man zweitens online nachschaut, was zum Beispiel Zürich gegen Menschenhandel macht, kommt man als erstes auf eine Webseite vom Fachdienst Menschenhandel der Kantonspolizei Zürich, der auch stark auf die Bedeutung des



Opferschutzes hinweist. In Basel kommt man auf eine Medienmitteilung über eine gross angelegte Aktion im Rotlichtmilieu, bei der zahlreiche Menschen festgenommen wurden. Eine Aktion, welche auch von der Fachstelle FIZ scharf kritisiert wurde. Wenn wir in Basel mehr Ressourcen sprechen wollen in diesem Bereich, muss auch die Praxis im Kampf gegen Menschenhandel geändert und der Opferschutz gestärkt werden.

Drittens, und das haben Sie schon erwähnt, läuft aktuell das Projekt ReoS, bei dem die Kripo von der Staatsanwaltschaft zur Kantonspolizei überführt wird. Sobald das vollzogen ist, kann durch den Regierungsrat für die Kantonspolizei und die Kripo zusammen eine entsprechende Schwerpunktsetzung stattfinden und dann können wir auch die notwendigen Stellenprozente sprechen, die wohl die eine Vollzeitstelle übersteigen wird und eventuell wäre dann auch ein Modell, wie es Zürich kennt, sinnvoll.

Wir von BastA teilen also das Anliegen, den Kampf gegen Menschenhandel in Basel auszubauen. Stand jetzt wäre die zusätzliche Stelle aber kaum wirkungsvoll, es ist der falsche Zeitpunkt, auch bezüglich ReoS. Wir bieten aber Hand für einen Vorstoss, der das weiterverfolgt, Menschenhandel umfassend, wirkungsvoll und mit einer Sensibilität auf den Opferschutz anzugehen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich kann mich in einigen Dingen Herrn Goepfert anschliessen, aber ich glaube, es ist sicherlich heute abzulehnen. Wir können es Herrn Hochuli, der wirklich ernsthaft an diesem Thema ist, nicht verbieten, dieses Budgetpostulat einzureichen, das nach «Chrüzlistich» die Mitte-EVP als Fraktion dies unterstützt. Er hat mich auf Anhieb überrascht, aber da habe ich zurückgedacht an die neu entdeckte Liebe der Mitte zu den Defiziten und das ist ja ein Mittel dafür. Aber nochmals ernsthaft, es ist wirklich nicht unsere Aufgabe, einzelne Stellen auszuschreiben hier. Ich glaube, wir haben eine Verantwortung, dass die Strafverfolgung als Ganzes genügend Mittel hat, dann gibt es gewisse Allokationen und wir sind auch in diesem ReoS-Prozess jetzt drin. Also jetzt da einzugreifen, es gibt eine Stelle und die ist ja nur für ein Jahr nicht mal wirklich gesprochen und dann ist die Frage, ob es dann im nächsten Budget noch überlebt, also das macht jetzt einfach null Sinn. Und bei aller Anerkennung der Ernsthaftigkeit der Anliegen von Herrn Hochuli, dass man dafür sein kann, ausser weil man weiss, dass es sowieso abgelehnt wird, dafür haben wir recht wenig Verständnis.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Gallacchi. Diese wird entgegengenommen.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Besten Dank für die Annahme. Sie haben gesagt, die Mitte hat die Liebe zum Defizit entdeckt. Können Sie mir sagen, in den letzten 15 Jahren, wo da ein Defizit aufgetaucht ist?

David Jenny (FDP): Ich nehme Bezug auf Ihre Äusserungen in der Budgetdebatte, wo Sie gesagt haben, 100, 200, 300 Millionen, alles kein Problem.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Hanna Bay.

Hanna Bay (SP): Ich kann mich kurz halten. Kollege Nicola Goepfert hat vieles schon gesagt, an dem ich mich anschliessen kann. Auch die SP hat natürlich grundsätzliche Sympathien und anerkennt die Schwere des Delikts des Menschenhandels. Die Menschen oder die Opfer sind sehr vulnerable, es bestehen sehr viele schwierige Abhängigkeiten. Die Schicksale, die hinter diesen Zahlen und hinter diesen Taten stehen, die sind oftmals schrecklich und ich glaube auch, dass es ein unterschätztes Phänomen ist. Es gibt viele moderne Formen von Menschenhandel, die wahrscheinlich bis jetzt wenig bekannt sind und die vielleicht wirklich auch zu wenig thematisiert werden. Ich glaube aber dennoch, dass es wichtig ist, dass wir hier keine Schnellschüsse machen, sondern einen soliden und durchdachten Aufbau einer entsprechenden Fachstelle.

Herr Hochuli hat es selbst gesagt, zentral sind die Opferaussagen in diesen Verfahren. Wir müssen die Opfer schützen, wir müssen ihnen Perspektiven bieten, wir müssen ihnen unter Umständen ein Bleiberecht bieten, damit sie sicher sind und damit sie sich trauen, Aussagen zu machen. Und da bringen schnelle Razzien in irgendwelchen Nagelstudios oder im Rotlichtmilieu nichts, das ist oft gerade auch für die Opfer sehr traumatisierend. Und ich glaube, deswegen können wir nicht einfach sagen, ein bisschen mehr von dem, was wir bis jetzt tun, sondern wir müssen über die Bücher und das grundsätzlich und deswegen freue ich mich, wenn ein entsprechender Vorstoss kommt. Ich glaube auch, dass eine Stelle mehr hier einfach nicht genügt, aber wenn ich vielleicht die allgemeine Kritik auch als Unmut verstehen kann, dass die sechs



gesprochenen Stellen nicht in diesen Bereich fliessen, dann kann ich das durchaus auch unterzeichnen und auch unterstützen.

In diesem Sinne bleiben wir am Thema dran, aber das vorliegende Budgetpostulat wird die SP ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Stephanie Eymann.

RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD: Vielen Dank auch für diese Debatte. Ich wiederhole mich nur ganz kurz, dass der Grundsatz der Ablehnung vor allem die finanzpolitische Seite ist, aber auch hier würde ich gerne sagen, dass wir inhaltlich auch das nicht das richtige Mittel finden. Ich denke, es wurde jetzt verschiedentlich aus allen Fraktionen gesagt, dass die Bekämpfung vom Menschenhandel ein wichtiges Anliegen ist. Es ist schwierig, Hohlkriminalität zu fassen, richtig zu fassen, Opfer zu Aussagen überhaupt zu bekommen, ein Verfahren lang dann auch zu motivieren irgendwo mitzuarbeiten, damit es dann auch zu Verurteilungen der Hintermänner kommt. Das ist ein Riesenaufwand, es ist Teil der organisierten Kriminalität und braucht massiv Ressourcen.

Wir haben im Budgetprozess 2022 damals Stellen gesprochen für das Migrationsamt, die Kantonspolizei, auch die Staatsanwaltschaft und wir haben gesehen, dass natürlich mehr Ressourcen im Thema auch mehr Fälle bedeutet. Und das ist ja eben das Paradoxe bei der Hohlkriminalität, wenn die Fallzahlen steigen, heisst das eigentlich, dass man mehr hinschaut. Ich bin dennoch der Meinung, dass eine Stelle jetzt ein Tropfen auf den heissen Stein ist. Wir investieren mit dieser Stelle ins selbe System, wir können vielleicht ein bisschen mehr was machen, aber wir haben parallel doch neben dem Schwerpunkt der Regierung der Kriminalitätsbekämpfung, wo Menschenhandel drin ist, auch ein Legislaturziel in dieser Periode, die die Bekämpfung der organisierten Kriminalität als Legislaturziel der Regierung definiert. Menschenhandel ist ein Teil der organisierten Kriminalität und dementsprechend ist es mir wirklich auch ein Anliegen, dass wir hier unsere Strukturen überdenken, dass wir sicher schlagkräftiger werden im ganzen Themenfeld der organisierten Kriminalität, eben inklusive Menschenhandel.

Und da bin ich der Meinung, dass wir da aber schon nicht mit Einzelstellen agieren sollten, sondern wir haben ReoS. Wir werden nächste Sitzung des Grossen Rates im Februar über den Ausgabenbericht für die nächste Phase ReoS beschliessen und das ist ein Teil organisierter Kriminalität, sich da optimal aufzustellen, das wird in ReoS kommen. Danke, dass Sie eine Motion bringen möchten, aber das ist bereits eigentlich mitgedacht, weil ich denke, das ist ein wichtiger Part, dass wir hier die Strafverfolgung an sich stärken.

Und dann ist noch die weitere Frage, und dann höre ich auf, dann wird es zu inhaltlich, müssen wir jedes Knowhow und jede Ressource selber aufbauen oder ist in diesem organisierten Bereich nicht auch wichtig, dass wir über die Kantongrenzen schauen. Wir haben Zürich gehört als Beispiel, aber es gibt auch weitere Beispiele. Müssen wir uns nicht auch in solchen intensiven Bereichen so aufstellen, dass wir mit Kompetenzzentren arbeiten und Knowhow irgendwo auch bündeln. Aber das sind Themen, die wir jetzt hoch auf der Agenda haben und ich gebe Ihnen inhaltlich recht, dieses Thema müssen wir weiter bearbeiten und wir müssen vor allem auch stärker werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

9 Ja, 79 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008125, 14.01.26 17:22:26]

Der Grosse Rat beschliesst

Das Budgetpostulat nicht zu überweisen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat nicht überweisen mit 79 Nein-Stimmen gegen 9 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

25. Budgetpostulat 3 Anina Ineichen betreffend Erziehungsdepartement, Volksschulen, Sach- und Betriebsaufwand (Lager und Exkursionen)

[14.01.26 17:22:45, 25.5567.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Gerne mache ich zum vorliegenden Budgetpostulat einige grundlegende inhaltliche Anmerkungen. Die Schullager an den Basler Schulen sind ein wichtiger Teil der Schulerfahrung der Schülerinnen und Schüler. Das System in Basel-Stadt ist bereits heute so, dass Eltern mit niedrigeren Einkommen eine Beitragsreduktion beantragen können. Dafür ist das Einkommen gemäss Prämienverbilligung massgebend. Die Höhe der Elternbeiträge werden aufgrund der Höhe der Verpflegungskosten für die Schullager festgelegt. Würden Sie nun heute dieses Budgetpostulat überweisen, würde dies nicht zu einer Zunahme der Anzahl Lager führen und wir müssen die Regelung der Elternbeiträge überdenken und ändern. Dies lehnt der Regierungsrat ab. Das aktuelle System, das, wie erwähnt, Erleichterungen für niedrigere Einkommen ermöglicht, soll beibehalten werden.

Noch eine Bemerkung zum System der Schullagerfinanzierung. Der Anmelde- und Abrechnungsprozess der Lager wurde deutlich verschlankt. Neu wird ein Maximalbeitrag pro Kind und Tag als Pauschalbeitrag der Schule vor Lagerbeginn ausbezahlt. Budget und Abrechnung liegt neu in der Verantwortung des Standortes, wodurch eine bessere Steuerung des Lagerbudgets und der Lagerabrechnung möglich ist. Die Lagerbudgets der einzelnen Lager sind unabhängig von der Lagerabrechnung der vergangenen Lager. Damit ist auch die im Budgetpostulat getroffene Aussage, dass einzelne Klassen weniger haben, wenn andere Klassen ihr Budget überziehen, so nicht korrekt. Insgesamt, und das ist wichtig, bleibt die Subventionierung der Lager durch die Volksschulen gleich hoch.

Zu Fragen nach der Umsetzung des im Budgetpostulat erwähnten Bundesgerichtsentscheids verweise ich sehr gerne auf die Antwort des Regierungsrats zur entsprechenden Interpellation der geschätzten Kollegin Franziska Roth zu diesem Thema. Nur so viel, der Kanton Basel-Stadt nutzt mit der aktuellen Regelung den verbliebenen Handlungsspielraum.

Ich komme nun zu meinem tagespolitischen *ceterum censeo*, da ich nachher auch vielleicht zu anderen drei Budgetpostulaten noch reden werde. Was die Regierungskollegin Stephanie Eymann vorhin mit anderen Worten erwähnt hat zur Haltung der Regierung zu Budgetpostulaten, wir lehnen alle aus finanzpolitischen Gründen ab. Vor allem angesichts des aktuellen Finanzplans des Kantons sind alle Departemente verpflichtet, ihren Auftrag innerhalb der vorgegebenen finanziellen Leitplanken zu erfüllen. Für die kommenden Jahre rechnet der Regierungsrat mit einem ausgeglichenen, wenn nicht sogar negativen Jahresergebnis. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass wir eine konsequente Budgetdisziplin haben. Der Gesamtregierungsrat setzt den finanziellen Rahmen, innerhalb dessen die Departemente ihren Auftrag wahrnehmen. Aus diesen Gründen lehnt der Regierungsrat das vorliegende Budgetpostulat ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Thommen. Diese wird entgegengenommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Danke für die Annahme der Zwischenfrage und für das Teilen Ihrer finanzpolitischen Sicht der Regierung. Meinen Sie, es wäre dann nicht besser, statt Steuern an Unternehmen zurückzuzahlen, einen ganz kleinen Teil davon in die Lager, die ja direkt der Bevölkerung zugutekommen, zu investieren?

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für die Frage. Der Kanton Basel-Stadt ist nach diesem Bundesgerichtsentscheid mit den Kosten runtergefahren und wie ich vorhin erwähnt habe, auch die Eltern, die Unterstützung brauchen, bekommen auch diese Beiträge.

Balz Herter, Grossratspräsident: Anina Ineichen als Postulantin hat das Wort.



Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Lager sind wichtige Erfahrungen, sozial stürmische Zeiten, manchmal geprägt von Heimweh, aber ich glaube, niemand möchte die Lager missen, die wir erlebt haben. Lager sind aber auch sehr aufwendig für Lehrpersonen und sie sind sehr teuer. Beim Aufwand können wir wenig ändern. Die Lehrer müssen mit, sie haben 24-Stunden-Schichten, Lehrerinnen müssen auch mit, man muss reorganisieren und man hat eine strenge Woche vor sich. Wenn man noch Familie zu Hause hat, muss man viel organisieren. Das ist ausserhalb unserer Möglichkeiten, aber bei dem Preis können wir etwas machen, denn zum Aufwand, den die Lehrerinnen und Lehrer sowieso schon haben, müssen sie heute noch Geld schachern. Und es ist halt trotzdem so, wenn die Budgetverantwortlichkeit bei dem einzelnen Standort ist, dann gibt es sehr wohl sehr grosse Diskussionen innerhalb dieses Standortes, wer wo noch Geld hat, das zur Verfügung steht. Wenn das Geld nicht reicht für die Köchinnen oder Köche, dann müssen Freunde angefragt werden, ob sie aushelfen kommen. Es müssen Kuchenstände organisiert werden, um noch ein bisschen Geld einholen zu können und es müssen Elternbeiträge eingeholt werden. Nun beim Kuchen, wir wissen es alle, seit Corona kaufen es die wenigsten freiwillig. Ich habe immer Rückmeldungen von meinen Kindern, dass sie fast ein bisschen enttäuscht sind, dass sie wohl ab und zu Geld bekommen, aber kaum jemand den Kuchen mitnimmt. Die Möglichkeiten dort sind also begrenzt.

Bei den Elternbeiträgen sind die Möglichkeiten theoretisch auch begrenzt. Ich habe eine Verordnung oder eine Weisung gefunden, dass man bei den Primarschulen 16 Franken pro Tag verlangt und bei den Sekundarschulen 25 Franken pro Tag. Ich weiss nicht, ob das aktuell heute noch so ist. Tatsache ist aber auch, dass viele Klassen unterdessen wieder Klassenkassen haben. Das ist eigentlich nicht erlaubt. Die Bildung in der Schweiz ist gratis zugänglich für alle. Diese Klassenkassen sind problematisch. Bei einem von meinen Kindern kostet das 50 Franken, ich habe jetzt nur zwei und ich verdiene gut genug, ich kann mir das leisten, auch bei mehreren Kindern. Für armutsbetroffene Familien wird das irgendwann kritisch und es ist ärgerlich, weil dann ist es eigentlich nicht mehr gratis. Dann ist die Bildung nicht mehr gratis, die Teilhabe ist nicht mehr für alle verfügbar.

Dann kommen wir doch noch zum Bundesgerichtsentscheid. Man kann es immer anders auslegen, drei Juristen, vier Meinungen, wir kennen es, aber das Bundesgericht hat gesagt, weil der Unterricht gratis ist, darf man nur so viel verlangen, wie wir einsparen, wenn unsere Kinder nicht bei uns sind. Grosszügig gesehen ist das das Essen und der Wohnraum, ich könnte ja theoretisch untervermieten während den Ferien, das hat das Bundesgericht so festgehalten. Ich bezweifle, dass das 16 Franken sind, ich weiss nicht, aber ich gebe meinen Kindern nicht jeden Tag Sushi. Gut, das ist wohl vertretbar und wirklich armutsbetroffenen Familien können das Geld, wir haben es gehört, wenn sie Prämienverbilligungen erhalten, wieder einfordern. Das ist immer mit einer Hemmschwelle verbunden und es hat nichts mehr damit zu tun, dass der Unterricht eigentlich gratis ist in der Schweiz, kostenfrei.

Das ED hat diese 300'000 Franken mehr verlangt, weil wir eine Teuerung haben, das ist uns allen bewusst, wir wissen, das Essen ist ein bisschen teurer geworden, wir können das gerade jetzt in den Medien nachlesen, Lagerhäuser sind immer teurer geworden, ich finde es absolut plausibel. Ich habe keine plausible Erklärung bekommen, auch jetzt nicht, wieso dieser Betrag nicht erhöht werden soll, obwohl alles teurer geworden ist. Es ist nicht ein riesiger Betrag, es sind 300'000 Franken für alle Schulklassen der Stadt. Gehen wir doch dort mit diesem Betrag hinauf, erleichtern wir das Lager organisieren, soweit es in unseren Möglichkeiten besteht. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 42 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008128, 14.01.26 17:32:58]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 48 Ja-Stimmen gegen 42 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Budgetpostulat 4 Harald Friedl betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (Jugendförderverein „oink oink Production“)

[14.01.26 17:33:08, 25.5568.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Harald Friedl hat sich gemeldet. Lukas Faesch zuerst.

Lukas Faesch (LDP): Die LDP-Fraktion lehnt auch dieses Budgetpostulat ab, zuerst einmal mit den finanzpolitischen Überlegungen des Kollegen Battaglia, aber hier möchte ich noch etwas sagen, weil es geht mir darum, dass ich diesem Narrativ entgegentreten möchte, dass die CMS ständig Projekte anreisst und dann nachher wieder nicht weiterführt und dann muss der Kanton das übernehmen, dem ist nicht so. Das ist ein gutes Projekt, ein tolles Projekt, das wir unterstützen. Die CMS hat dieses Projekt, und hören Sie gut zu, in den letzten Jahren mit 600'000 Franken unterstützt. Ich meine, das ist ein kleines Projekt, aber 600'000 Franken ist dafür ein grosser Betrag, also von zurückweisen oder nicht mitmachen kann keine Rede sein.

Bei der letzten Besprechung mit der CMS haben dann die Verantwortlichen dieses oink oink gesagt, sie möchten gerne eine Erhöhung haben um 13'000 Franken und diese Erhöhung hat die CMS begründet abgelehnt. Also von einem Zurückfahren der Beiträge kann keine Rede sein. Und was ist der Grund für diese Zurückweisung der Erhöhung? Der eine Grund ist, dass das Erziehungsdepartement selber schon die Beiträge an oink oink um 20'000 Franken erhöht hat, was auch nicht nichts ist, und zum zweiten hat die CMS festgestellt, dass für eine 60-Prozent-Stelle bei oink oink 113'000 Franken Lohn eingesetzt worden sind. Das war für die CMS doch ein etwas zu starkes Stück für ein 60-Prozent-Job für oink oink. Ich meine, wir sprechen da von Kinderbetreuung, Landhof und nicht jeden Tag 12 Stunden. Das ist doch relativ viel und das wollten wir nicht mitmachen, weil die CMS natürlich der festen Auffassung ist, dass wir mit den uns anvertrauten Stiftungsgeldern sehr sorgfältig umgehen müssen und ich bitte Sie, das mit den Steuergeldern ebenso zu tun.

Balz Herter, Grossratspräsident: Mustafa Atici hat das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Die offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein wichtiges Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche. Sie bietet Freiräume, um mit anderen Zeit zu verbringen, ohne Leistungsdruck. Kinder und Jugendliche können sich einbringen und auch aktiv sein, dies in ihren Wohnquartieren. Der Regierungsrat anerkennt dies. Zudem wächst die Zahl der Kinder in Basel-Stadt und Prognosen zeigen, dass dieser Trend sich fortsetzt. Der Regierungsrat hat aus diesen und auch aus weiteren Gründen die Finanzhilfen für die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit bereits substanziell erhöht. Konkret, für die aktuelle Leistungsperiode 2024-2027 hat der Kanton die Beiträge um über 1 Mio. Franken pro Jahr erhöht für die gesamte offene Jugend- und Kinderarbeit. Und auch für die offene Kinder- und Jugendarbeit Oberes Kleinbasel, kurz oink oink, die am Landhof wichtige Arbeit leistet, wurde mehr Geld bewilligt. Vorhin wurde erwähnt, per 2024 fand eine Erhöhung um 44% statt. Sie hat neu 65'000 Franken statt wie vorher 45'000 Franken erhalten. Beantragt hatten die Verantwortlichen von oink oink zwar 78'000 Franken, aber es ist selten, dass der Kanton den gesamt geforderten Beitrag übernimmt. Und wenn Stiftungsgelder wegfallen, kann nicht immer der Kanton einspringen und weggefallene Mittel genau in diesem Betrag kompensieren. Wie ich in meiner Stellungnahme zum vorherigen Budgetpostulat 3 bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Postulant Harald Friedl hat das Wort.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Besten Dank, dass ich hier auch noch dazu sprechen darf. Ich habe einige Punkte. Ich meine, die Arbeit der Kinder- und Jugendarbeit, die oink oink Productions leistet, die wird, glaube ich, überall sehr geschätzt, zumindest ist mir nichts anderes zu Ohren gekommen. Ich werde also jetzt den Punkt, warum es so besonders wichtig ist, überspringen. Ich möchte aber gerne auf die Worte von Lukas Faesch und Regierungsrat Atici noch näher eingehen. Es



sollte nicht so daherkommen, als würde Undankbarkeit herrschen. Der Verein ist sehr dankbar für die langjährige und grosszügige Unterstützung durch den Kanton und durch die CMS. Es ist einfach Fakt, dass ihnen die 13'000 Franken weniger zur Verfügung stehen und das bringt sie halt an den Rand ihrer Betriebswirtschaftlichkeit.

Und was Sie jetzt vorhin erwähnt haben, das ist mir auch schon zu Ohren gekommen, bevor jetzt die Debatte hier geführt wird. Ich hatte auch schon bei der Erarbeitung dieses Budgetpostulats Kontakt zum Geschäftsführer, er hat das auch gesagt, dass er das Gesuch gestellt hat und es abgelehnt wurde, und dann wurde mir gesagt, es liegt scheinbar ein Missverständnis vor. Ich kann das nicht bis zum letzten beurteilen, ich kann nur wiedergeben, was mir mitgegeben wurde. Mir wurde gesagt, dass da ein Missverständnis vorliegt, dass die Gesamtlohnkosten des Vereins als das Gehalt des Geschäftsführers ausgelegt werden. Das hat damit zu tun, dass sie alle Lohnkosten in einem Posten zusammenführen. Ich habe mich dann bei ihm versichert, der Geschäftsführer, der als Sozialpädagoge arbeitet, hat ein übliches Gehalt, das man auf dem Markt so weit bezahlt. Er hat mir auch angeboten, dass ich seinen Lohnausweis konsultieren kann.

Von dem her glaube ich, hier liegt ein Missverständnis vor und ich finde es auch nicht ganz korrekt, dass so Zahlen dann hier jetzt im Grossen Rat in die Öffentlichkeit gebracht werden. Ob sie stimmen oder nicht stimmen, das kann ich jetzt hier nicht belegen, aber ich denke, das sollte man untereinander dann ausmachen. Es ist eben auch so, dass in diesen Gesamtlohnkosten auch Reinigungsaufgaben drin sind, die separat ausgezahlt werden. Da liegt kein Festvertrag vor, sondern das ist auf Stundenbasis, das ist ein Mandat und darum wird das wahrscheinlich schwieriger auseinanderzuhalten. Dass die Jahresrechnung bisher zu wenig klar ausgeführt war und zu wenig ausführlich, das ist dem Verein auch klar. Sie wissen aber auch, wie es läuft, Vereine, besonders kleine Vereine sind auf freiwillige Kassiererinnen und Buchhalter angewiesen, die das ehrenamtlich machen, aber sie sind daran, und das wurde mir auch versichert, dass die Jahresrechnung in Zukunft besser und detaillierter ausgeführt wird.

Und die 20'000 Franken, die vom Kanton zusätzlich bezahlt wurden, die sind ja in eine Praktikumsstelle geflossen. Ich glaube, Arbeit gibt es genug. Sie wissen es alle, im Moment ist der Kanton daran, ein Betriebskonzept für den Landhof auszuarbeiten. Da spielt der Verein ooink ooink Productions, der schon seit Jahrzehnten auf diesem Areal tätig ist, eine ganz wichtige Rolle. Ich glaube, das sind die Leute, die am meisten wissen, was dort abgeht und was die Bedürfnisse sind. Von dem her finde ich es wichtig, dass dieser Verein als Übergangslösung, es ist ja auch schon gesagt worden, es gibt dann die neuen Verhandlungen, die dann aber erst ab 2027 oder 2028 laufen sollen, dass es für diese Zeit eine Überbrückung gibt, damit der Verein nicht in Schieflage gerät. Daher danke ich Ihnen bestens für die Überweisung dieses Budgetpostulats.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

58 Ja, 34 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008130, 14.01.26 17:42:58]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 58 Ja-Stimmen gegen 34 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

27. Budgetpostulat 5 Heidi Mück betreffend Erziehungsdepartement, Jugend, Familie und Sport, Transferaufwand (neue Spielbaracke im Giesslipark)

[14.01.26 17:43:05, 25.5570.01]



Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Laetitia Block hat sich als erste Sprecherin registriert.

Laetitia Block (SVP): Ich möchte es nicht unnötig in die Länge ziehen, da wir ja bereits gesagt haben, dass wir als SVP alle diese Budgetpostulate ablehnen, aber hier trotzdem noch ganz kurz. Hier werden 150'000 Franken für den Ersatz einer Baracke gefordert und es ist doch erstaunlich, wenn man sich anschaut, das steht, glaube ich, sogar im Budget drin im Text, dass diese Baracke schon seit 40 Jahren, also in den 80er-Jahren, erstellt wurde und seit den 90er-Jahren, 1996 im Besitz der Robi-Spiel-Aktionen ist. Da erstaunt es doch sehr, dass man hier ein Budgetpostulat machen muss und diesen Ersatz nicht vorausschauend planen kann. Das ist ja absehbar, das ist über 40 Jahre alt, dass man hier das auch entsprechend plant, das Geld auf die Seite legt, die Drittmittel akquiriert, auch wenn es positiv hervorgehoben werden kann, dass hier auch die Drittmittel versucht werden zu akquirieren, zumindest teilweise, aber es ist doch sehr erstaunlich, dass man hier nicht vorausschauend plant und hier ein Budgetpostulat notwendig ist. Also schon auch wegen dem inhaltlich muss man das hier ablehnen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Lassen Sie mich zu diesem Budgetpostulat Folgendes sagen. Ich versuche mich kurz zu halten, aber ich habe trotzdem ein paar inhaltliche Bemerkungen. Inhaltlich können wir aktuell keine Einschätzungen abgeben, ob es einen Ersatz dieses Pavillons braucht oder nicht. Was dagegen kein schönes Licht wirft, ist der Umstand, dass die bei uns zuständige Fachstelle für offene Kinder- und Jugendarbeit erst nach der Einreichung des Budgetpostulats über dieses Projekt informiert wurde. Das geplante Vorhaben war uns somit bis anhin nicht bekannt. Zudem geht aus dem Antrag auch nicht hervor, ob der Verein Robi-Spiel-Aktionen an anderer Stelle Drittmittel angefragt hat oder dies noch plant. Ein solches einmaliges Engagement wäre ein klassisches Projekt für die Zusammenarbeit mit einer Stiftung. Das Erziehungsdepartement unterstützt die wichtige Arbeit des Vereins bereits mit einer jährlichen Finanzhilfe von 2'230'000 Franken. Und nun mein heutiges ceterum censeo, wie ich in meiner Stellungnahme zum Budgetpostulat 3 bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Joël Thüring. Diese wird entgegengenommen.

Joël Thüring (SVP): Ich hätte die Frage auch einem anderen Regierungsrat stellen können, aber nun sind nur Sie gerade hier, das freut mich sehr, dass wenigstens ein Regierungsmitglied anwesend ist, wenn der Grosse Rat tagt. Finden Sie es zielführend, dass in Budgetpostulaten Verwaltungseinheiten, Dienststellen erwähnt werden, also subalterne Stellen erwähnt werden, die einem Projekt positiv gegenüberstehen, die eine solche Kostenfolge haben und die der Regierungsrat ablehnt?

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Vielen Dank für die Frage. Nein, ich finde es nicht recht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion SP und GRÜNE/jgb unterstützen dieses Postulat aus nicht finanzpolitischen Gründen nicht nur, sondern auch inhaltlich, weil es dieser Attraktivität dient und ich glaube, das, was Frau Laetitia Block vorhin gesagt hat, ist eben gerade der Grund, dass dieser Beitrag dieses Projekt zum Fliegen bringen könnte, weil ja gerade sehr viele Drittmittel auch dazu fließen sollen und der Kanton so zum Ermöglicher wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Postulantin hat das Schlusswort, Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Der Giesslerpark ist seit der Umgestaltung im 2013, 2014 ein kleines Juwel in einem Quartier, ich sage es immer wieder, das nicht gerade mit Grün- und Freiflächen verwöhnt ist. Fun Fact am Rande, die Kinder nennen diesen Spielplatz Dennerpark. Eigentlich nicht, weil er so billig ist, sondern weil vis-à-vis eine Denner-Filiale ist. Ich habe die



Umgestaltung dieses Parks damals relativ eng begleitet. Vielleicht erinnert sich ja die eine oder der andere an mein Budgetpostulat für ein öffentliches WC auf diesem Spielplatz. Die Spielbaracke im Giesslipark, die wurde aber damals bei der Umgestaltung nicht einbezogen und ist nun wirklich in die Jahre gekommen. Wie im Budgetpostulat erwähnt, sind die Wände und das Dach sehr morsch, die Fenster sind undicht und der Innenbereich ist stark abgenutzt.

Dass ich jetzt damit komme, mit dem Budgetpostulat, das wird mir ja vorgeworfen, dass wir da nicht längerfristig geplant haben, es ist tatsächlich so, dass die Situation langsam prekär wird. Ich war gestern da und habe das Haus noch einmal angeschaut und das Dach, das hängt einfach so durch an gewissen Stellen. Das ist eine schwierige Situation und da ist Handlungsbedarf hier. Und die Robi-Spiel-Aktionen, die waren wahrscheinlich ein bisschen spontan unterwegs. Sie haben zuerst auf eigene Faust versucht, etwas auf die Beine zu stellen, sie haben mit Architekten gesprochen, die ihnen Pläne gemacht haben. Sie haben auch bei der CMS angefragt, die dann sagte, es sei keine Aufgabe von ihnen, sondern da soll die öffentliche Hand einmal einspringen. Sie sind dann auf mich zugekommen und haben mich gebeten, dieses Budgetpostulat zu machen.

Wie gesagt, die Baracke war immer im Besitz der Robi-Spiel-Aktionen, zu Beginn noch bei der Pro Juventute als damaliger Träger. Aktuell wird die Spielbaracke aber nicht nur von den Robi-Spiel-Aktionen, sondern auch von einer Elterngruppe genutzt, die hier eine Spielgruppe betreibt, die da pro Woche einmal dort ist, und die wären auch wahnsinnig froh, wenn diese Baracke wieder in sicherem Zustand wäre und wenn sie wieder gut nutzbar wäre. Und eigentlich habe ich das eingereicht, weil ich so ein grosses Potenzial sehe, also dort an diesem Ort, dieser Park, der wird sehr gut genutzt. Die Kinder, die dort hingehen, die können allein hingehen, er ist sehr geschützt und die Kinder, die dorthin gehen, die sind eigentlich meist auf diesem Spielplatz, also die nutzen keine anderen. Und wenn die Eltern dort hingehen können und dort ihre Feste machen können oder ihre Nachbarschaftstreffs, dann wäre das ein super Potenzial und wir könnten hier den Giesslipark weiterentwickeln und ich finde, dieses Quartier hat dies verdient. Ich bitte Sie deshalb, dieses Budgetpostulat zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 45 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008132, 14.01.26 17:52:42]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie möchten das Budgetpostulat überweisen mit 50 Ja-Stimmen gegen 45 Nein-Stimmen.

28. Budgetpostulat 6 Sandra Bothe betreffend Erziehungsdepartement, Zentrale Dienste und Generalsekretariat, Sach- und Betriebsaufwand (Standortspezifische Lüftungskonzepte an Schulen)

[14.01.26 17:52:49, 25.5569.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat entgegenzunehmen. Mustafa Atici hat das Wort.



RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: Zu diesem Budgetpostulat. Aktuell läuft eine kleine Studie der FHNW zu den Gebäudetemperaturen an diversen Schulstandorten in Basel. Dies ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Erste allgemeine Aussagen können dazu schon gemacht werden. Diese sind jedoch noch nicht verifiziert. Es zeigt sich, dass die Frühauskühlung am Morgen deutlich weniger wirksamer ist als die längere Auskühlung am Abend. Die Nachtauskühlung erweist sich als wesentlicher Effekt. Zudem wird es sehr schwierig sein, einen einzigen Anbieter zu finden, der an allen Standorten gleichzeitig Personal für zwei bis drei Stunden stellen kann, um die Gebäude zu kühlen, was wiederum den Aufwand für die Verwaltung steigern würde.

Das Erziehungsdepartement arbeitet zudem zusammen mit Immobilien Basel-Stadt und dem Bau- und Verkehrsdepartement an einer langfristigen Hitzestrategie für die Schulgebäude. Ziel ist es, die Temperaturen an extremen Hitzetagen in den Schulen durch einen Mix an Massnahmen abzumildern. Geprüft werden bauliche, aber auch organisatorische Massnahmen. Je nach Standort wird es somit unterschiedliche Massnahmen geben müssen.

Wie ich in meiner Stellungnahme zu den vorherigen Budgetpostulaten bereits erwähnt habe, spricht sich die Regierung aus finanzpolitischen Gründen gegen die Übernahme dieses Budgetpostulats aus.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Es ist kein Luxusbudgetpostulat. Das Thema heisse Klassenzimmer ist schon länger bekannt, und zwar spätestens seit dem Hitzesommer 2023. Da hat der Lehrpersonenverband schon etwas gefordert, das ist schon länger her. Die Verwaltung hat nicht viel unternommen, obwohl das Problem klar war. Es braucht von uns bzw. jetzt von Sandra Bothe diese Motion, jetzt gibt es eine Arbeitsgruppe mit vier beteiligten Departementen, was auch wieder etwas länger sein könnte. Ich denke, ja, das ist nicht eine optimale Lösung, aber es ist eine Lösung, die wir jetzt brauchen können.

Da ich abkürze, es ist eine konkrete kurzfristige Massnahme und wenn der Verantwortliche am ED, den ich gerne noch zitieren möchte, er hat gesagt: Alle Mitarbeitenden des ED verdienen bedarfsgerechte Dienstleistungen und Services, um ihren Auftrag erfüllen zu können. Leider können die Lehrpersonen ihren Auftrag nicht so gut erfüllen, wenn die Klassenzimmer überhitzt sind. Ich habe es gekürzt, es wäre länger gewesen. Bitte unterstützen Sie dringend dieses Budgetpostulat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sandra Bothe-Wenk.

Sandra Bothe-Wenk (GLP): Ich kann jetzt nicht mehr alles kürzen, aber wer im Sommer ein Schulzimmer betritt, weiss, Hitze ist kein abstraktes Thema. Sie steht im Raum, sie bleibt in den Wänden und sie belastet Kinder, Lehrpersonen und Schulbetriebe. Und gemäss SECO ist eine Innentemperatur bis 26 Grad erlaubt. Unterricht findet aber teils über mehrere Tage bei Innentemperaturen mit deutlich über 30 Grad statt, in Räumen, die nachts nicht abkühlen. Unter solchen Bedingungen ist Unterricht weder pädagogisch sinnvoll noch gesundheitlich vertretbar. Die Problematik, das hat Sasha Mazzotti schon gesagt, an Schulen ist bekannt und spitzt sich aber weiter zu. Im 2023 hielt die Regierung in einer Antwort fest, dass frühes Lüften und Nachtauskühlung zentrale Voraussetzungen sind, um hohe Temperaturen während des Tages zu vermeiden. Gleichzeitig wurde ebenso klar festgehalten, dass genau diese Massnahmen in vielen Schulgebäuden aus Sicherheitsgründen wegen fehlender technischer Voraussetzung und aufgrund arbeitszeitlicher Rahmenbedingungen nicht umgesetzt werden können.

Wir wissen also, was nötig wäre und weshalb es ohne gezielte Schritte nicht umgesetzt wird. Der Grosse Rat hat darum im 2025 Konsequenzen eingeleitet. Im Mai wurde der Anzug zu Sofortmassnahmen überwiesen, im Oktober folgte die verbindliche Überweisung der Motion für einen nachhaltigen Hitzeschutz an Schulen, aber eben zu spät für den Budgetprozess. Der Auftrag ist hingegen klar, der Kanton soll den Unterricht auch bei zunehmender Hitze verlässlich sicherstellen und den Gesundheitsschutz gewährleisten. Nicht erst morgen oder in sieben Jahren, sondern dieses Jahr. Genau hier setzt dieses Budgetpostulat an. Wenn wir wollen, dass im Sommer 2026 spürbare Verbesserungen eintreten, müssen die notwendigen Vorbereitungen jetzt erfolgen. Das braucht Organisation, konkrete Konzepte und Ressourcen.

Eine zentrale Rolle spielt die Ausgangstemperatur am Morgen. Beginnt der Unterricht bei rund 20 Grad, heizen sich die Schulzimmer deutlich langsamer auf. Entscheidend ist, dass über Tag gespeicherte Wärme aus der Gebäudemasse entweichen kann. Besonders wirksam ist dafür die Früh- bzw. eben Nachtauskühlung ab 4 Uhr morgens durch konsequenten Querlüften. Bleibt diese Auskühlung aus, staut sich die Hitze über mehrere Tage mit direkten Auswirkungen auf Gesundheit, Konzentrationsfähigkeit und Unterrichtsqualität. Die koordinierte Lüftung in den Morgenstunden ist eine realisierbare und technisch verantwortbare Sofortmassnahme. Dass sie bisher nicht umgesetzt werden kann, liegt nicht am fehlenden Engagement des Schulpersonals, sondern an strukturellen Rahmenbedingungen, sprich an der Notwendigkeit von



standortspezifischen Lüftungskonzepten und an personellen Ressourcen, sei das das externe Sicherheitspersonal oder womöglich der Einsatz des Reinigungspersonals. Es ist klar, dass die Hausdienste nicht in allen Schulen gleichzeitig sein können, deshalb braucht es ja Ressourcen.

Ein weiteres Zuwarten würde bedeuten, dass wir trotz überwiesener Vorstösse im 2025 und klarer Problemanalyse auch den Sommer 2026 wieder verstreichen lassen. Und da frage ich mich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen, welches Signal wir an die Betroffenen aussenden, wenn wir die Belastungen an Schulen für Kinder, Jugendliche und das Schulpersonal zwar klar anerkennen, sie aber erneut vertagen. Dieses Budgetpostulat soll diese Lücke schliessen und ist gezielt auf jene Gebäude beschränkt, in denen kurzfristige Verbesserungen möglich sind. Und ja, klar, das habe ich im Vorfeld mit der Fachstelle Raum und Anlagen abgeklärt. Darum sind sie ja da, wir können dort fragen. Schulen sind keine Freizeitbetriebe. Hitze macht müde, sie senkt die Konzentration, schränkt die kognitive Leistungsfähigkeit ein und beeinträchtigt Wahrnehmung und Lernfähigkeit. Wir sollten den Gesundheitsschutz ernst nehmen und kein weiteres Jahr verstreichen lassen. Danke an alle, die den Vorstoss unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

59 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0008138, 14.01.26 18:01:23]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat dem Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben das Budgetpostulat überwiesen mit 59 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

Schluss der 48. Sitzung

18:01 Uhr